

**Bericht des Beauftragten
der Staatsregierung für das
Jüdische Leben in Sachsen**



Berichtszeitraum 2023 (5783/84)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Jüdisches Leben in Sachsen	6
Beispiele besonderer Sichtbarkeit jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Sachsen	10
Auf dem Weg zu einem neuen Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden	16
Das landesweite Themenjahr „Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“	18
Das Netzwerk Jüdisches Sachsen	20
Kooperationen als wichtige Arbeitsform für landesweite Aktivitäten des Beauftragten	23
Antisemitismus in Sachsen. Aufklärung, Prävention und Bekämpfung.	28
Anregungen an die Staatsregierung	34

Vorwort

Das Jahr 2023 war für die drei jüdischen Gemeinden in Sachsen geprägt von vielen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem immer noch andauernden Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, den jüdischen Flüchtlingen aus der Ukraine, die in Sachsen Schutz gesucht haben und Unterstützung durch die Gemeinden erwarten sowie die nach dem Attentat in Halle als notwendig erachteten sicherheitstechnischen Umbauten der Gemeinderäume und Synagogen. Nicht zuletzt stellte der Terror-Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 eine Zäsur dar, die jüdisches Leben in Sachsen vor allem wegen der damit verbundenen Sicherheitsfragen und einem zunehmenden und offen auf Deutschlands Straßen bekundeten Antisemitismus auf den Prüfstand stellte und stellt.

Gerade in diesen für die jüdischen Gemeinden in Sachsen sowie ihren zivilgesellschaftlichen Partnern besonders herausfordernden Zeiten ist der Beauftragte der Staatsregierung ein wichtiger und gefragter Ansprechpartner. Es zeigt sich, dass die Einrichtung der Stelle eines Beauftragten der Staatsregierung wichtig war und wichtig bleibt. In der erfolgreichen Vermittlung von Gesprächskanälen zwischen jüdischen Gemeinden, Vereinen und Initiativen und Ansprechpartnern aus Politik und Verwaltung, der Möglichkeit schneller und unbürokratischer Hilfe bei dringenden Anliegen jüdischer Sachsen und der strategischen Beratung des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden beim Erreichen politischer und gesellschaftlicher Ziele, die letztlich dem gesamten Freistaat zu Gute kommen, zeigt sich die Notwendigkeit einer solch spezifischen Beauftragung.

In diesem Bericht sollen die großen Linien herausgearbeitet werden, die nicht nur kurz-, sondern auch mittel- und langfristig die Zusammenarbeit zwischen den Regierungsinstitutionen und den im Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden bestimmen und bestimmen werden. Ein besonderer Schwerpunkt dieses Berichtes wird deswegen auf den Aktivitäten liegen, die jüdische Gemeinden im Verbund mit den sie unterstützenden zivilgesellschaftlichen Organisationen im gesellschaftspolitischen Raum Sachsens realisieren und die deswegen auch eine besondere Rolle in der politischen und gesellschaftlichen Wahrnehmung spielen.

Durch seine strukturelle Einbindung in die Bund-Länder-Konferenz der Länderbeauftragten für jüdisches Leben bzw. entsprechenden Antisemitismusbeauftragten sowie dem Dialog mit der Bundesebene weiß der Beauftragte, dass alle mit der gesellschaftspolitischen Wahrnehmung jüdischen Lebens verbundenen Aktivitäten und Herausforderungen sowie die jeweilige konkrete politische Unterstützung von jüdischen Gemeinden und Landesverbänden auch eine

über das jeweilige Bundesland hinausgehende Bedeutung aufweisen, die sich wiederum auf das jeweilige Bundesland auswirken. Dies soll an einigen Beispielen in diesem Bericht verdeutlicht werden.

Wichtige Unterstützer bei der Arbeit des Beauftragten sind neben Vertretern der Staatsregierung selbst auch die Verwaltungsorgane des Freistaates sowie Ansprechpartner des Bildungsbereiches, der Justiz, Strafermittlungs- und verfolgungsbehörden und die mit ihnen kooperierenden Meldestrukturen.

Daneben erfährt der Beauftragte stete Rückmeldung zu seiner Arbeit durch den ihn unterstützenden Expertenrat, der durch den Kultusminister Christian Piwarz berufen ist, durch die in Sachsen im Bereich jüdisches Leben und Expertisen zu Antisemitismus tätigen wissenschaftlichen Einrichtungen und das durch den Beauftragten ins Leben gerufene und von ihm bzw. seiner Geschäftsstelle koordinierte Netzwerk „Jüdisches Leben in Sachsen“, das sich regelmäßig zum fachlichen Austausch trifft. Dieses Netzwerk ist mit seinen ca. 50 in ihm tätigen Organisationen und Vereinen, darunter Vertretern aller jüdischen Gemeinden in Sachsen, ein wichtiger Partner zur Umsetzung der in der Aufgabenbeschreibung des Beauftragten formulierten landesweiten Tätigkeit zur Förderung jüdischen Lebens und zur Antisemitismusprävention und -bekämpfung. Diese gegenseitige Partnerschaft wird neben einer strukturell-organisatorischen Zusammenarbeit vor allem durch Kooperationsvorhaben konkretisiert, die es dem Beauftragten ermöglichen, gezielt Impulse im Freistaat zu setzen und eigene Vorhaben in Zusammenarbeit mit erfahrenden Partnern zu realisieren.

Da die jüdischen Gemeinden in Sachsen sowohl durch ihre organisatorische Verortung beim Zentralrat der Juden, die Einbindung in bilaterale Strukturen wie die Partnerschaft mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden der Tschechischen Republik als auch Aktivitäten im Rahmen der European Jewish Association und des Combat Antisemitism Movement immer auch den Blick über den Freistaat hinaus richten, wird auch die Arbeit des Beauftragten durch spezifisch landesweit ausgerollte Aktivitäten ergänzt durch den Austausch mit nationalen Strukturen wie der durch den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus koordinierten Bund-Länder-Konferenz (BLK) oder europäischen Initiativen, die sich auf diesen Themenkreis fokussieren.

Innerhalb der bundesweit ausgerollten Struktur von Beauftragten für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus gibt es eine Reihe sehr unterschiedlicher Formen der Beauftragung. Hier reicht die Bandbreite über hauptamtlich agierende Beauftragte über von den Landtagen beauftragten Personen bis hin zu der auch im Freistaat angewandten Beauftragung im Ehrenamt.

Bei allen damit verbundenen strukturellen Schwierigkeiten und vor allem verwaltungsseitig bestehenden Herausforderungen wird vom Beauftragen diese Form der Beauftragung als vorteilhaft und anderen Formen der Beauftragung vorzuziehende Konstellation eingeschätzt. Diese Einschätzung wird, dies ist das Ergebnis fortlaufender Konsultationen und Gespräche, auch vom Expertenrat und dem Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden geteilt. Das Ehrenamt ermöglicht eine besonders unkomplizierte und rasche Form der Arbeit des Beauftragten, es ist durch diese Form hinsichtlich seiner Weisungsungebundenheit und dem damit verbundenen hohen Grad an Unabhängigkeit und Unparteilichkeit eine besonders glaubwürdige Konstruktion und zeichnet sich durch eine besonders effiziente Problemlösungsfähigkeit aus, die andere Formen der Beauftragung nicht immer aufweisen. Der eben beschriebene Vorteil der ehrenamtlichen Beauftragung durch die nicht vorhandene strukturelle Abstimmungspflicht seiner Aktivitäten ist allerdings auch mit einigen Nachteilen verbunden. So ist beispielsweise die rechtzeitige Einbindung des Beauftragten in die dem Regierungshandeln vorausgehende Entscheidungsfindung vom Wohlwollen des jeweiligen Ministeriums abhängig.

Die Frage der Stellung des Beauftragten hinsichtlich seiner formalisierten Einbeziehung in Vorhaben der Staatsregierung sollte nach Auffassung des Beauftragten daher perspektivisch eine Prüfung und wenn möglich Überarbeitung erfahren, um die Kommunikation des Beauftragten mit der Staatsregierung zu vereinfachen und Planungsprozesse sowie konkrete Ziele in beiderseitigem Vernehmen im Vorfeld abzustimmen und damit deren Umsetzung wesentlich zu verbessern.

Der Beauftragte für das Jüdische Leben in Sachsen möchte sich für das Berichtsjahr 2023 bei all jenen bedanken, die seine Arbeit mit Rat und Tat unterstützt haben.

An erster Stelle gilt dieser Dank den im Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden organisierten Gemeinden und ihren Funktionsträgern sowie dem Landesrabbiner Zsolt Balla, der auch in seiner Funktion als Militärbundesrabbiner ein wichtiger Gesprächspartner des Beauftragten ist. Daneben gilt der Dank der jüdischen Gemeinde im Aufbau in Görlitz sowie dem mit der Dresdner Jüdischen Gemeinde kooperierenden Chabad Lubawitsch Sachsen e.V., vertreten durch Rabbiner Havlin.

Ein besonderer Dank geht an alle Partner, die im Rahmen von Kooperationen mit dem Beauftragten im Berichtsjahr eine Vielzahl von Projekten ermöglichten, welche die Sichtbarmachung und konkrete Unterstützung jüdischen Lebens zum Ziel hatten und wesentliche Impulse zu Antisemitismusprävention und -bekämpfung gaben.

Der Beauftragte ist der Staatsregierung für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit dankbar. Er ist sich auch bewusst, dass ohne die starke und wirkungsvolle parlamentarische Unterstützung vieles von dem, das sich die Staatsregierung hinsichtlich der Förderung jüdischen Lebens im Freistaat und den effizienten Kampf gegen jegliche Formen von Antisemitismus vorgenommen hat, nicht umsetzbar gewesen wäre. Ein herzlicher Dank daher auch an all jene, die als Abgeordnete des Sächsischen Landtages die Arbeit des Beauftragten nach Kräften unterstützt und ihm mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben.

Der Beauftragte möchte in diesen Dank ausdrücklich den ehrenamtlich tätigen Expertenrat einschließen. Er ist nicht nur ein wichtiges Korrektiv für die Arbeit des Beauftragten, sondern kann durch seine organisatorisch gut aufgestellte breite gesellschaftliche Repräsentanz wichtige Impulse für die Arbeit des Beauftragten geben und diese in einen übergreifenden Kontext einbetten.

Jüdisches Leben in Sachsen

Die im Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden zusammengeschlossenen Gemeinden, die Jüdische Gemeinde Chemnitz (Vorsitz: Dr. Ruth Röcher), die Jüdische Gemeinde zu Dresden (Vorsitz: Ekaterina Kulakova) und die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig (Vorsitz: Kuf Kaufmann) weisen gegenwärtig eine Mitgliederzahl von insgesamt 2.289 Personen aus (Quelle: ZWST, 2022). Damit ist die Zahl der Gemeindemitglieder leicht rückläufig. In der Stadt Görlitz existiert zudem eine jüdische Gemeinde im Aufbau, die durch die Jüdische Gemeinde zu Dresden im Landesverband Sachsen vertreten wird. Mit dem jüdischen Gemeindezentrum „Chabad Lubawitsch Sachsen e.V.“ existiert im Freistaat Sachsen zudem ein gemeindenaher jüdischer Verein mit Aktivitäten vor allem in Dresden und Leipzig, der mit der Jüdischen Gemeinde zu Dresden kooperiert. Auch wenn „Chabad Lubawitsch“ in der öffentlichen Wahrnehmung oft als Gemeinde bezeichnet wird, trifft diese Bezeichnung nicht zu. Die jüdischen Gemeinden sind genau diejenigen, die im Landesverband Sachsen der jüdischen Gemeinden organisiert, durch den Zentralrat der Juden als Gemeinden anerkannt und die im Staatsvertrag des Freistaates mit den jüdischen Gemeinden im Freistaat explizit benannt sind.

Fälschlicherweise wird in der öffentlichen Wahrnehmung und vor allem in der medialen Berichterstattung der im Herbst 2021 vom ehemaligen Dresdner Gemeinderabbiner Akiva Weingarten gegründete Verein „Jüdische Kultusgemeinde Dresden“ als jüdische Gemeinde bezeichnet. Dabei fehlen diesem Verein alle im vorigen Abschnitt genannten Kriterien für eine jüdische Gemeinde. Auch wenn es zu begrüßen ist, dass sich jüdisches Leben in Sachsen vielfältig zeigt, muss darauf hingewiesen werden, dass die vor allem durch politische Vertreter der Landeshauptstadt Dresden fälschlich benutzte Verwendung des Begriffs „Gemeinde“ für diesen Verein nicht nur nicht zielführend ist, sondern bei der Wahrnehmung des in Dresden existierenden Gemeindelebens für erhebliche Verwirrung sorgt. Aus Sicht des Beauftragten empfiehlt es sich vor allem für politische Mandatsträger, sich im Zweifelsfall umfassend im Vorfeld zu informieren, bevor mit falschen Aussagen öffentlichkeitswirksam Tatsachen geschaffen werden, die der Wahrnehmung des jüdischen Gemeindelebens in Sachsen eher Schaden zufügen können.

Der Beauftragte unterhält enge Beziehungen und einen regelmäßigen Austausch mit dem Vorstand des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden. Dieses von Dr. Nora Goldenbogen geleitete Gremium, in dem die gewählten Gemeindevertreter aus Dresden, Chemnitz und Leipzig Sitz und Stimme haben, ist für den Beauftragten der Staatsregierung ein erster und besonders wichtiger Ansprechpartner. Hier werden Vorhaben der Staatsregierung und des Beauftragten mit den Vorhaben und Zielen der jüdischen Gemeinden in Sachsen abgeglichen und koordiniert. Die enge gegenseitige Abstimmung hat sich bewährt und sollte unbedingt fortgeführt werden. Sie generiert neben der Vermeidung von Missverständnissen und der guten Kommunikationsebene zwischen jüdischen Gemeinden und Staatsregierung auch ein gewachsenes Vertrauen, dass sich besonders bei der Klärung offener Fragen als sehr hilfreich erwiesen hat. Hier sei besonders auf die momentan stattfindenden Verhandlungen zum Staatsvertrag, auf die später noch detaillierter eingegangen wird, verwiesen.

Leider sind im Freistaat momentan mehrere Rabbinerstellen vakant. Nur die Israelitische Religionsgemeinschaft zu Leipzig verfügt gegenwärtig mit Zsolt Balla über einen Rabbiner. Dieser ist als Landesrabbiner zugleich auch für die geistliche Leitung der jüdischen Gemeinden in Dresden und Chemnitz verantwortlich. In der Jüdischen Gemeinde zu Dresden ist seit 1 1/2 Jahren neben den Vorbetern zweimal im Monat mit Kantor Elija Schwarz ein ausgebildeter Kantor und Religionslehrer tätig, der auch regelmäßig Unterweisungen in jüdischer Religion und hebräischer Sprache durchführt sowie Unterricht für Bar- und Bat Mizwa anbietet. Auch in der Jüdischen Gemeinde Chemnitz sind sowohl Vorbeter als auch zeitweise ein Kantor tätig, so dass regelmäßig Gottesdienste stattfinden und die religiöse Betreuung

gewährleistet ist. Es ist ein Anliegen des Beauftragten, für die Berufung von Rabbinern in der Chemnitzer und Dresdner Gemeinde zu werben. Dies ist durchaus keine Angelegenheit, die einfach bewerkstelligt werden kann, da das Angebot an ausgebildeten Rabbinern überschaubar ist und die für die Gemeinden in Chemnitz und Dresden gewünschten Qualifikationen verständlicherweise sehr ambitioniert sind. Hier spielt leider auch das öffentlich publizierte und von möglichen Interessenten unhinterfragt übernommene negative Image des Freistaates Sachsen über gewachsene Neonazi-Strukturen und eine hohe antisemitische Einstellung der Bevölkerung eine Rolle. Der Beauftragte hat daher dem Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden angeboten, bei der Einwerbung möglicher Kandidaten für die vakanten Rabbinerstellen begleitende Unterstützung zu leisten.

Eine gute und gedeihliche Zusammenarbeit verbindet den Beauftragten mit der bereits angesprochenen „Gemeinde im Aufbau“ in Görlitz. Auch wenn diese noch ein ganzes Stück von ihrem Ziel, in Görlitz eine eigenständige jüdische Gemeinde anzusiedeln, entfernt ist, tritt sie doch sehr konstruktiv und öffentlichkeitswirksam für eine stärkere Wahrnehmung jüdischen Lebens und der damit verbundenen kulturellen Ebene in Görlitz und Umgebung auf. Der sich im Gebäudekomplex „Kulturforum Synagoge Görlitz“ befindliche kleine Synagogenraum wird von dieser Gruppe regelmäßig für Gottesdienste genutzt. Wie und ob auch der Hauptraum dieses Gebäudes zeitweise und anlassbezogen als Synagoge genutzt werden könnte, dazu hat der Beauftragte in Absprache mit dem Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden und der „Gemeinde im Aufbau“ zu Görlitz ein Konzept entwickelt, das der Stadtverwaltung Görlitz vorliegt. Es bleibt ein Anliegen des Beauftragten, dass dieses Konzept im Dialog weiterentwickelt wird und möglichst zeitnah realisiert werden kann.

Die jüdischen Gemeinden in Dresden, Leipzig und Chemnitz sind nicht nur Zentren gelebter jüdischer Religion, sie verstehen sich auch als Orte der Begegnung mit dem Judentum. In den Gemeinden existieren mehrere Gruppen, so zum Beispiel der Chemnitzer und der Dresdner Gemeindechor, die beide mit ihren Angeboten nicht nur das Gemeindeleben bereichern, sondern auch mit öffentlichen Veranstaltungen außerhalb der Gemeinden oder gemeindenahen Veranstaltungen außerhalb der Gemeindezentren einen Einblick in jüdisches Leben in Sachsen im Hier und Jetzt bieten. Daneben sind aber auch gemeindeinterne Veranstaltungen wie beispielsweise Gottesdienste durch Streaming-Angebote im Internet öffentlich zugänglich. Im Rahmen der jüdischen Wochen im Freistaat bieten die Gemeinden zudem besonders gestaltete Gottesdienste für Interessierte an, die eine Einführung in Strukturen, Abläufe und Inhalte der Liturgie voranstellen.

Ein wichtiges „Schaufenster“ des jüdischen Lebens in Sachsen sind auch die jüdischen Sportvereine, organisiert im Netzwerk des Makkabi Deutschland e.V. An allen drei Standorten der Gemeinden in Chemnitz, Dresden und Leipzig bestehen solche Sportvereine, die sich als Bindeglied nicht nur zwischen den Gemeinden, sondern auch zwischen den Gemeinden und der Zivilgesellschaft verstehen. Die Anfänge der jüdischen Sportbewegung in Deutschland reichen bis in das Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Bereits 1903 gründete sich Makkabi Deutschland als Dachverband der zionistischen Sportvereine. Makkabi Chemnitz entstand 1922, im Dresdner Bar-Kochba wurde ab 1919 Sport getrieben. Bis 1938 trainierten in Leipzig im Verein Bar-Kochba jüdische Sportler in den Sektionen Fußball, Handball, Leichtathletik, Schwimmen, Turnen, Tennis und Boxen. 1965 wurde Makkabi Deutschland wiedergegründet und in den Deutschen Sportbund aufgenommen. In Sachsen bieten die jüdischen Sportvereine mehrere Einzel- und Mannschaftssportarten an.

Eine besondere und in Sachsen einzigartige Einrichtung ist das jüdische Kultur- und Begegnungszentrum Ariowitschhaus in Leipzig. Die ganz auf die Stadt- und Zivilgesellschaft hin ausgerichtete Programmarbeit dieses Hauses trägt Wesentliches zum Dialog zwischen nichtjüdischer Mehrheitsgesellschaft und jüdischer Gemeinschaft bei und ist aus Sicht des Beauftragten fruchtbar für diese Arbeit im Rahmen des gesamten Freistaates Sachsen. Auf diese besondere Arbeit und die mit dem Haus selbst untrennbar verbundene Geschichte wird an anderer Stelle ausführlicher eingegangen.

Bei allen Aktivitäten der jüdischen Gemeinden in Sachsen spielt auch die Sicherheit ihrer Mitglieder und ihrer Einrichtungen eine zentrale Rolle. Dies hat die Staatsregierung nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Anschlages auf die Synagoge in Halle/Saale am 9. Oktober 2019 und dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sehr schnell erkannt und mit hoher Priorität versehen. Der Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden und der Chabad Lubawitsch e.V. erhalten durch die Staatsregierung und die ihr nachgeordneten Behörden umfassende und nach Möglichkeit auch unbürokratische Hilfe und Unterstützung bei allen notwendigen Vorhaben zur Gewährleistung der Sicherheit von Personen und Einrichtungen. Auch wenn einige baulich-technische Maßnahmen durchaus einen schweren Einschnitt in bestehende Abläufe des Gemeindelebens und der Gemeindeverwaltung durch temporäre Sperrung vorhandener Einrichtungen und den damit verbundenen Zwang zu Interimslösungen darstellen, werden diese Maßnahmen als starkes Zeichen der Staatsregierung an die jüdischen Gemeinden in Sachsen und ihre Mitglieder verstanden und sind daher bei allen damit durchaus verbundenen Schwierigkeiten hochwillkommen. Der Beauftragte ist auch in diesem Bereich ein wichtiger Ansprechpartner der Gemeinden und des Landesverbandes, denn jeder weiß, dass Bauarbeiten immer mit

zusätzlichen, nicht von vornherein absehbaren Komplikationen verbunden sind, bei denen schnell und effizient nach Lösungen gesucht werden muss.

Mit großem Dank wurde vom Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden die überwältigende Solidarität der Staatsregierung mit den jüdischen Sachsen nach dem Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 aufgenommen. Bereits wenige Tage nach diesem Anschlag, der die angespannte Sicherheitssituation der jüdischen Gemeinden in Sachsen nach dem Terroranschlag auf die Synagoge in Halle/Saale nochmals verstärkte, lud die Staatsregierung unter Vorsitz von Ministerpräsident Michael Kretschmer die Vertreter des Landesverbandes Sachsen, der jüdischen Gemeinden und des Zentrums „Chabad Lubawitsch Sachsen e.V.“ zu einem Gespräch über die aktuelle Situation in den Gemeinden und dem, was in dieser Situation zu tun ist, in die Staatskanzlei ein. In Folge dieses Gespräches wurden eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz jüdischen Lebens in Sachsen beschlossen, die sehr schnell und unbürokratisch in Zusammenarbeit mit den Gemeinden umgesetzt werden konnten. In diesem Gespräch wurde nochmals deutlich, dass der Schutz jüdischen Lebens und jüdischer Einrichtungen sächsische Staatsräson ist. Die zeitweise Beflaggung der Staatskanzlei, des Sächsischen Landtages und der Berliner Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund mit der Fahne Israels machte dies auch öffentlich sichtbar und deutlich. Der Beauftragte bittet an dieser Stelle die Staatsregierung zu prüfen, inwiefern der Schutz jüdischen Lebens auch in der Landesverfassung niedergelegt werden könnte. Der Freistaat Bayern plant dazu gegenwärtig eine Initiative in seinem Bundesland.

Beispiele besonderer Sichtbarkeit jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Sachsen

Der Beauftragte möchte an dieser Stelle exemplarisch einige Beispiele besonderer Sichtbarkeit jüdischen Lebens im Freistaat kurz vorstellen, um aufzuzeigen, wie unterschiedlich diese Ansätze in Sachsen sind und wie sie sich zu den Aktivitäten der jüdischen Gemeinden, die ihrerseits, wie oben beschrieben eine Vielzahl von Begegnungs- und Bildungsangeboten offerieren, ergänzen und gegenseitig befruchten. Auf die Tage der jüdischen Kultur in den Großstädten Chemnitz, Dresden und Leipzig und neuerdings auch in ländlichen Regionen des Freistaats wird im Abschnitt „Netzwerk Jüdisches Sachsen“ genauer eingegangen.

Chanukkiot in öffentlichen Raum in Chemnitz, Dresden und Leipzig

Seit vielen Jahren gehören auch in Sachsen Chanukkiot zum Straßenbild. Was in Dresden als eine Initiative des Chabad Lubawitsch Sachsen e.V. und der Jüdischen Gemeinde zu Dresden begann und schon beim Entzünden der ersten Kerze zu Chanukka viele Gemeindemitglieder sowie Dresdner Schaulustige und Touristen auf den Schlossplatz lockte, setzte sich in Leipzig fort, wo die Chanukkia am Denkmal für die während der Pogromnacht des 9. November 1938 zerstörte große Gemeindesynagoge aufgestellt wird. Seit 2023 ist das öffentliche Entzünden der Kerzen an der Chanukkia auch in Chemnitz möglich. Der Beauftragte unterstützte dieses Vorhaben im Rahmen einer Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde zu Chemnitz und dem Verein „Tage der Jüdischen Kultur Chemnitz e.V.“

Da Chanukka immer auch rund um die Adventszeit liegt, eignet sich das Format des Entzündens der Chanukka-Kerzen im öffentlichen Raum und dem gleichzeitigen Hinweis auf die „Zeit des Lichtes“ besonders für eine Sichtbarmachung jüdischen Lebens im Freistaat. Dieses Interesse wird von den Veranstaltern auch durch ein auf den jeweiligen Ort zugeschnittenes kulturelles Rahmenprogramm geweckt, in dem Musik nicht fehlen darf. Durch Erklärungen zu Chanukka wird zudem Wissenswertes über das Fest im Allgemeinen und die besondere Form des Kerzenentzündens vermittelt. Prominente aus Politik und Gesellschaft nehmen an diesen Veranstaltungen teil und bekennen sich dadurch auch öffentlich zum jüdischen Leben in ihrer jeweiligen Stadt. Die im Anschluss an das Entzünden der ersten Kerze zu Chanukka in den jeweiligen Gemeinden stattfindenden Feiern werden ebenso nicht nur von Gemeindemitgliedern besucht. Auch hier sind regelmäßig Vertreter der nichtjüdischen Zivilgesellschaft eingeladen. Zusammenstehen, beieinanderstehen und gemeinsam feiern – das ist ein gutes Beispiel gelebten Miteinanders jüdischer Minderheits- und nichtjüdischer Mehrheitsgesellschaft im Freistaat Sachsen.

„Jewish Remembrance Week Görlitz/Zgorzelec“

Die „Jewish Remembrance Week Görlitz“ ist ein mit tatkräftiger Unterstützung der Stadt Görlitz, dem Förderkreis Görlitzer Synagoge, der Hillerschen Villa in Zittau, der „Jüdischen Gemeinde im Aufbau Görlitz“, dem Deutsch-Amerikanischen Institut in Leipzig und in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten realisiertes Projekt, das sich in erster Linie an Nachfahren ehemaliger jüdischer Görlitzer Bürger wendet und diese zu einem Besuch der Stadt einlädt. Integraler Bestandteil dieses Besuchsprogramms sind öffentliche Gespräche und Diskussionen im Kulturforum Görlitzer Synagoge und anderen Orten sowie ein reichhaltiges und informatives Rahmenprogramm.

2023 waren es mehr als 50 Nachfahren der Jüdischen Community der Stadt, darunter Holocaust-Überlebende, die aus aller Welt nach Görlitz anreisen.

Ein besonderer Aspekt der „Jewish Remembrance Week Görlitz“ liegt auch darin, dass sie nicht an der Grenze Sachsens Halt macht, sondern die Stadt Zgorzelec/Polen auf der anderen Flussseite der Neiße inhaltlich wie organisatorisch einbezieht.

Diese jüdische Gedenkwoche stellt die einst überaus lebendige jüdische Gemeinde von Görlitz in den Fokus und beleuchtet besonders die Verdienste jüdischer Bürger für ihre Stadt. Die Verfolgung, Vernichtung und Vertreibung der Görlitzer Juden während der Zeit des Nationalsozialismus und die damit verbundene Auslöschung jüdischen Lebens in Görlitz nach dem zweiten Weltkrieg wird dabei nicht ausgeklammert. Die Gedenkwoche geht auf Initiative von Lauren Leiderman, einer Neu-Görlitzerin mit amerikanischen Wurzeln, zurück, die sich seit 2021 intensiv mit der Geschichte ehemaliger Görlitzer Juden beschäftigt.

Die Gedenkwoche beschränkte sich nicht auf das Stadtgebiet Görlitz, sondern nahm auch die Region in den Blick. Darüber hinaus fand sie sachsenweit sowie über die Landesgrenzen hinaus besondere Aufmerksamkeit durch die Übertragung vieler ihrer Veranstaltungen via Livestream im Internet. Dies ist insoweit eine Besonderheit, als sie es vermochte, den Freistaat als Ort lebendigen Gedenkens in der Wahrnehmung „von außen“ zu präsentieren.

Auch wenn die „Jewish Remembrance Week Görlitz“ keine Veranstaltung einer im Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden organisierten jüdischen Gemeinde ist, sondern vor allem von Akteuren der Stadt- und Zivilgesellschaft getragen wird, hat das Potential dieser Gedenkwoche mit ihrer besonderen Vielfalt an künstlerisch-kulturellen Angeboten, Gesprächsrunden und auch dezidiert religiösen Programmteilen einen erfreulichen Mehrwert für die jüdische Gemeinschaft in Sachsen. Der Beauftragte konnte sich vom ambitionierten Ansatz der Gedenkwoche und der hohen Qualität ihrer Programmpunkte als Veranstaltungspartner selbst überzeugen.

Restaurant „Schalom“ Chemnitz

Ein weiteres Beispiel für ein besonders hohes Potential hinsichtlich der öffentlichen Wahrnehmung jüdischen Lebens in Sachsen und darüber hinaus ist zweifellos das seit dem Jahr 2000 in Chemnitz beheimatete Restaurant „Schalom“, das einzige im Freistaat, welches eine zertifizierte koschere Küche anbietet. Das Restaurant hat durch besondere Auszeichnungen für sein kulinarisches Angebot bisher nicht nur viel in- und ausländische Prominenz angezogen, es ist ein Magnet für den gesamten mitteldeutschen Raum und mithin eine starke Marke jüdischen Lebens im Freistaat. Das Restaurant ist keine Aktivität einer jüdischen Gemeinde, sondern ein privatwirtschaftliches Unternehmen, das es sich seit Jahrzehnten zum Ziel gesetzt hat, jüdische Lebensart genussvoll erlebbar zu machen.

Das Restaurant bleibt dabei allerdings nicht stehen. Es bietet in Zusammenarbeit mit dem jüdischen Verein „Schalom e.V.“ in Chemnitz Schulklassen und Gruppen Vorträge oder Gesprächsrunden rund um das Judentum an und ist damit auch ein „Türöffner“ zum Kennenlernen und zum Verstehen jüdischen Lebens und jüdischer Kultur.

Seit Bestehen des Restaurants wurden im „Schalom“ immerhin über 700 Vorträge gehalten, mehr als 200 thematische Stadtführungen für alle Generationen auf jüdischen Spuren durch Chemnitz realisiert, mehr als 150 Liederabende fanden in den Räumen des Restaurants statt, knapp 30 Ausstellungen waren hier zu sehen und der „Jüdische Runde Tisch“ traf sich bisher 35mal im „Schalom“.

Auch die Zusammenarbeit mit Schulen nimmt für die Betreiber des Restaurants, die für die Kosten der Veranstaltungen in der Regel selbst aufkommen, einen hohen Stellenwert ein. Mehr als 1500 Schüler aus der Region und darüber hinaus waren im Rahmen ihres Unterrichts bisher im Chemnitzer Restaurant, wo ihnen die Betreiber aus erster Hand viel Wissenswertes über das Judentum, seine Traditionen und Feste und natürlich auch über koschere Küche und mehr beibringen konnten.

Dass dieses Engagement ein besonderes ist und in erster Linie nichts mit dem „Tagesgeschäft“ des Restaurants zu tun hat, darüber konnten sich auf Einladung des Beauftragten hin Vertreter des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (SMK) und des Sächsischen Landesamtes für Schule und Bildung (LaSuB) überzeugen.

Das Interesse an den herausgehobenen Projekten des Restaurants wie „Schalom heißt Frieden“, „Ein ganz gewöhnlicher Jude“, „Die Kippa bleibt“ oder „Eine Bank mit Justin Sonder“ zeigt zudem, wie sich ungewohnte und deswegen auch besonders reizvolle authentische Orte und Momente zur Begegnung mit jüdischem Leben im Hier und Jetzt gestalten lassen.

Dass dieses Engagement nun schon mehr als zwei Jahrzehnte anhält, ohne dass die Restaurantbetreiber dafür nennenswerte Zuschüsse der öffentlichen Hand erhalten, ist einen besonderen Dank wert.

Das „Schalom“ ist dabei für seine Besucher ein „ganz normales Restaurant“ geblieben, auch wenn die 2023 dort gegründete *Jüdische Allianz für Mitteleuropa* es in den sozialen Medien als „bestes jüdisches Restaurant Europas“ bezeichnet.

Neue Jüdische Kammerphilharmonie Dresden

Das im Jahr 2005 gegründete Orchester ist ein Solitär in der sächsischen Kultur- und Musiklandschaft. Es widmet sich vor allem der (Wieder-) Entdeckung und Aufführung von Werken der während des Nationalsozialismus verfemten und verbotenen Komponisten. Der jüdisch-amerikanische Dirigent Michael Hurshell, der seit 2002 einen Lehrauftrag für Orchesterdirigieren an der Hochschule für Musik Dresden innehat, übernahm 2007 die

Künstlerische Leitung der Neuen Jüdischen Kammerphilharmonie Dresden, die seither ihr Repertoire in Deutschland, Frankreich, Polen und Israel auführte.

Es entspricht der Philosophie der Neuen Jüdischen Kammerphilharmonie und ihres Dirigenten, dass sie jüdische Musiker gemeinsam mit nichtjüdischen Musikern in einem Orchester zu vereinen und dieses symphonische Miteinander von 30 Musikern öffentlich zu präsentieren. Das besondere Anliegen besteht hierbei im leidenschaftlichen Bemühen, die Werke von Komponisten jüdischer Herkunft, die in den Jahren 1933 bis 1945 verfeimt, verfolgt, vertrieben oder in den KZs ermordet wurden, einem jungen Publikum zu Gehör zu bringen. Das dafür seit vielen Jahren erprobte und bewährte Konzept nennt sich „SchülerGesprächskonzert der Neuen Jüdischen Kammerphilharmonie“. Dieses Orchester gastiert vorwiegend an sächsischen Oberschulen und Gymnasien und ist insbesondere für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 9 vorgesehen.

Das Format der Veranstaltungen ist so konzipiert, dass im Rahmen einer verlängerten Unterrichtsstunde in den ersten 30 Minuten eine Auswahl der zahlreichen Werke verfolgter oder ermordeter Komponisten erklingen, nachdem der Dirigent Michael Hurshell eine kurze Einführung in die Werke gegeben hat. Nach dem Konzert können die Schülerinnen und Schüler Fragen stellen. Im Gespräch mit Michael Hurshell werden die Kompositionen im historischen Kontext der Zeit des Nationalsozialismus besprochen, über die Folgen von Diktatur, Ausgrenzung von Minderheiten, Antisemitismus und Menschenverachtung aufgeklärt und damit seit Jahren ein besonderer Bildungserfolg erzielt. Um die Lehrer „mit ins Boot zu holen“, wurden für diese Gesprächskonzerte in Zusammenarbeit mit dem Anne-Frank-Zentrum Berlin begleitende Materialien in Form von Arbeitsblättern mit zugehörigen Lösungsblättern für Lehrkräfte erstellt, welche diesen vor der jeweiligen Veranstaltung zur Verfügung gestellt werden.

Seit mehreren Jahren kooperiert das Sächsische Staatsministerium für Kultus (SMK) mit der Neuen Jüdischen Kammerphilharmonie. Die überaus positive Resonanz auf diese besonders ambitionierte Form der Sicht- und Hörbarmachung jüdischer Kultur und des damit verbundenen Lernens ist für den Beauftragten Anlass, sich im Rahmen seiner Arbeit und den von ihm in den jährlichen Berichten enthaltenen Anregungen an die Staatsregierung für eine im sonstigen Orchester- und Kulturbetrieb übliche mehrjährige Grundfinanzierung des Orchesters einzusetzen, um dessen Fortbestand zu sichern.

Leipziger Synagokalchor und Dresdner Synagogenchor

Der Leipziger Synagokalchor widmet sich ausschließlich jüdischer Chormusik – von synagogalen Kompositionen des 17. bis 20. Jahrhunderts bis hin zu jiddischen Liedern in neuen Arrangements. Er ist ein Unikat in der deutschen Musikgeschichte und ein besonderer Botschafter jüdischer Kultur aus und für Sachsen. Er wurde 1962 vom Kantor der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Werner Sander, gegründet, um die nach der Schoah nur noch in wenigen Quellen überlieferte Chormusik der reformierten Synagogen – hierfür stehen neben vielen anderen besonders die Namen des Leipziger Kantors Samuel Lampel und des Komponisten Louis Lewandowski – wieder aufführen zu können. Von Anbeginn an bestand der Leipziger Synagokalchor aus nichtjüdischen Sängerinnen und Sängern. Bis zum Jahr 1990 stand er unter der Trägerschaft des Verbandes der jüdischen Gemeinden in der DDR und eroberte sich von Anbeginn an einen festen, doch mit seinem besonderen Repertoire und seiner Botschafterfunktion ganz und gar nicht alltäglichen Platz in der Chorlandschaft.

Nach Werner Sanders Tod im Juli 1972 wurde der Tenor Helmut Klotz zum Leiter des Chores berufen. Unter seiner Leitung entwickelte sich das Ensemble in 40 Jahren zu einem national und international angesehenen Konzertchor.

Der Chor war und blieb ein nicht-professionelles Ensemble, das seine Leidenschaft für die jüdische Chormusik in der Freizeit ausübte. Dank der Initiative von Pfarrer Siegfried Theodor Arndt vom Leipziger Arbeitskreis Kirche und Judentum und des Vorsitzenden der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig Eugen Gollomb wurde 1980 der Ökumenische Gedenkgottesdienst in Erinnerung an die Novemberpogrome 1938 fest etabliert, den der Leipziger Synagokalchor seitdem jährlich in der Thomaskirche musikalisch gestaltet. 2012 übernahm Ludwig Böhme die künstlerische Leitung des Chores und erweiterte das Repertoire des Klangkörpers. Seit September 2022 hat Philipp Goldmann die künstlerische Leitung inne. Der Synagokalchor Leipzig ist die größte und bekannteste Chorformation dieser Ausrichtung im Freistaat. Daneben soll jedoch auch der Synagogenchor Dresden erwähnt werden. In den 1960er Jahren wurde dieser ebenfalls von Oberkantor Werner Sander gegründet. Seit Ende der 1980er Jahre wird der Synagogenchor von Frau Ursula Philipp-Drescher geleitet.

Hatte dieser Chor viele Jahrzehnte traditionell vor allem gottesdienstliche Aufgaben zu erfüllen, ist er seit den 1990er Jahren immer stärker auch öffentlichkeitswirksam über die Landeshauptstadt Dresden hinaus bekannt geworden. Zahlreiche Konzerte führten den Chor auch nach Tschechien und Polen.

Der Synagogenchor Dresden gehört genauso wie der Synagokalchor Leipzig zu den Chorformationen in Deutschland, die 2020 für Ihren Anteil an der „Revitalisierung synagogaler Chormusik des 19. und 20. Jahrhunderts in Mittel- und Osteuropa“ als gutes Praxisbeispiel in das "bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes“ aufgenommen wurden.

Auf dem Weg zu einem neuen Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden

Der Freistaat Sachsen regelt seine Beziehungen mit dem Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden in einem Staatsvertrag. Dieser am 7. Juni 1994 (SächsGVBl. S. 1346) geschlossene Vertrag wurde zuletzt durch den Staatsvertrag vom 5. März 2019 (SächsGVBl. S. 311) geändert. Der Vertrag ist gekennzeichnet durch das Bekenntnis des Freistaates, „für das jüdische Leben in diesem Lande eine besondere Verantwortung zu tragen, die aus der Geschichte Deutschlands gewachsen ist, in dem Bestreben, das kulturelle Erbe des Judentums im Freistaat zu wahren und zu pflegen, in dem Wunsch, das freundschaftliche Verhältnis zwischen dem Freistaat und der jüdischen Glaubensgemeinschaft zu fördern und zu festigen“ und wurde auf der Grundlage von Artikel 109 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung des Freistaates Sachsen geschlossen. In diesem Vertrag regelt der Freistaat Sachsen in Abstimmung mit dem Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden alle Angelegenheiten von der Gewährleistung der freien Religionsausübung über Denkmalpflege und Bauleistungen, dem Umgang mit jüdischen Friedhöfen und die religiösen Feiertage im Sinne des § 3 des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen.

Ein wichtiger Bestandteil des Staatsvertrages sind die Vereinbarungen über finanzielle Leistungen des Freistaates an den Landesverband und an nicht verbandsangehörige jüdische Gemeinden in Sachsen. Dabei ist zu beachten, dass letztere nur dann als leistungsberechtigte jüdische Gemeinde anerkannt werden, wenn sie „mindestens sechs Jahre bestehen, über mindestens 75 Mitglieder mit erstem Wohnsitz im Freistaat Sachsen verfügen, ein aktives Gemeindeleben aufweisen, insbesondere regelmäßige wöchentliche Gottesdienste durchführen, eine ordnungsgemäße Satzung im Sinne der staatlichen Rechtsordnung haben, ordnungsgemäß bestellte Vertretungsorgane haben, im Rechtsverkehr durch privatrechtliche Organisationsform oder als Körperschaft des öffentlichen Recht voll rechtsfähig sind, durch das Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland sowie durch die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland oder die Allgemeine Rabbinerkonferenz Deutschland anerkannt worden sind, rechtstreu sind, insbesondere die grundlegenden Prinzipien des Grundgesetzes und der Sächsischen Verfassung achten und eine nicht unerhebliche Eigenfinanzierung durch ihre Mitglieder vorweisen. Die genannten Kriterien müssen kumulativ vorliegen“.

Der Staatsvertrag sieht vor, dass „im Falle einer wesentlichen Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse (...) der Freistaat und der Landesverband erneut Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, den Vertrag angemessen an die neuen Verhältnisse anzupassen“.

Der Beauftragte begrüßt ausdrücklich das Bestreben der Staatsregierung, diesen Vertrag, der turnusmäßig 2025 hinsichtlich einer Anpassung überprüft werden muss, aktuell neu zu verhandeln und anzupassen. Die geänderte Sicherheitslage der jüdischen Gemeinden, die Anforderungen an moderne Verwaltungsstrukturen, die Übernahme zusätzlicher Aufgaben, die Einbeziehung des jüdischen Gemeindezentrums „Chabad Lubawitsch Sachsen“ in die Arbeit des Landesverbandes und die damit verbundenen Mehrleistungen lassen es aus Sicht des Beauftragten notwendig erscheinen, dass der gegenwärtige Vertrag angepasst werden sollte.

Insbesondere das in der Präambel vom 1994 genannte „Bestreben, das kulturelle Erbe des Judentums im Freistaat zu wahren und zu pflegen“ bedarf nach Auffassung des Beauftragten einer Ergänzung zur Unterstützung gegenwärtiger gesellschaftspolitischer, bildungspolitischer und kultureller Aktivitäten von mit dem Landesverband verbundenen Organisationen und Einrichtungen, sofern sie nicht bereits über eine solide und sichere finanzielle Ausstattung verfügen. Dies ist insofern ein dringliches Anliegen, da momentan keine Förderrichtlinie im Freistaat Sachsen existiert, die das Ziel aktueller Begegnungsmöglichkeiten mit jüdischem Leben und jüdischer Kultur verfolgt. Gerade im Hinblick auf das vom Freistaat initiierte landesweite Themenjahr „Jüdisches Leben – jüdische Kultur“ im Jahr 2026 ist dies ein wichtiger Faktor.

Der Beauftragte sieht bei den aktuell laufenden Verhandlungen zur Anpassung des Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden eine große Chance, die Themen jüdisches Leben, jüdische Religionsausübung und jüdische Kultur in Sachsen neu zu justieren und stärker zu positionieren. Dies entspräche nicht nur dem Koalitionsvertrag 2019 bis 2024, der von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND SPD beschlossen wurde und damit Grundlage der Arbeit der Staatsregierung ist und in dem es heißt: „Jüdisches Leben und jüdische Kultur haben in Sachsen eine Heimat. Die Koalition bekennt sich zu ihrer Förderung und Entwicklung sowie zur besonderen Unterstützung jüdischer Kulturschaffender“, es wäre auch ein wichtiges Signal verbunden mit der richtigen Weichenstellung für die sichere Arbeitsgrundlage des Landesverbandes Sachsen und der von ihm vertretenen jüdischen Gemeinden im Freistaat Sachsen.

Der Beauftragte hat sich daher Ende 2023 schriftlich an den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen gewandt, um sicherzustellen, dass die Anpassungen und Änderungen im Staatsvertrag noch vor Ende dieser Legislaturperiode vorgenommen werden. Er sieht sich als unabhängiger und externer Berater sowohl des Landesverbandes Sachsen der jüdischen Gemeinden als auch der Staatsregierung in den Verhandlungen zum Staatsvertrag in

geänderter Form und wird zudem seine Anregungen fortlaufend mit den Mitgliedern der Bund-Länder-Konferenz (BLK) als auch dem ihn beratenden Expertenrat beim SMK abgleichen.

Das landesweite Themenjahr „Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“

Die gemeinsame Initiative des Landesverbandes Sachsen der jüdischen Gemeinden, der Städte Leipzig und Dresden sowie des Netzwerks „Jüdisches Sachsen“ zur Durchführung eines landesweiten Themenjahres „Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“ wurde dankenswerter Weise Ende 2022 von der Staatsministerin für Kultur und Tourismus Barbara Klepsch aufgegriffen und in den Verhandlungen zum Doppelhaushalt des Freistaates 2023/2024 platziert. Es ist dem Parlament als Haushaltsgesetzgeber zu danken, dass es diese Initiative unterstützt und mit den nötigen Haushaltsansätzen untersetzt hat, so dass im Jahr 2023 mit den konkreten Planungen zu diesem Themenjahr begonnen werden konnte.

Damit dieses Themenjahr kein „Jahr für die Juden in Sachsen“, sondern eine auch zentral vom Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden getragene Veranstaltung für alle Sachsen wird, lud Ministerpräsident Michael Kretschmer Anfang des Jahres die Vertreter der jüdischen Gemeinden in Sachsen sowie des Zentrums „Chabad Lubawitsch Sachsen“ zu einem Gespräch über das Themenjahr in die Sächsische Staatskanzlei ein. Die vor Beginn der konkreten Planungen erfolgte Einbeziehung jüdischer Stimmen in die Diskussion wird vom Beauftragten ausdrücklich begrüßt. Ebenso begrüßenswert ist es, dass das Sächsische Staatsministerium für Kultur und Tourismus (SMKT) Anfang des Jahres 2023 auf das Netzwerk „Jüdisches Sachsen“ zugeht, um erste Ideen auszutauschen und dem Netzwerk zu signalisieren, dass seine Beteiligung für einen nachhaltigen Erfolg und die landesweite Ausrollung dieses Themenjahres erwünscht und erforderlich ist.

Ein zweites Treffen dieser Art fand im November 2023 in Chemnitz beim Staatlichen Museum für Archäologie Chemnitz (SMAC Chemnitz) – der Trägerinstitution dieses Themenjahres – statt, um die Planungen gemeinsam voranzutreiben. Fest steht bereits jetzt, dass das Themenjahr im Jahr 2025 mit dem Entzünden der ersten Chanukka-Kerze festlich eröffnet werden soll und mit dem Entzünden der letzten Chanukka-Kerze im Jahr 2026 abgeschlossen wird.

Mittlerweile ist beim SMAC Chemnitz eine Arbeitseinheit gebildet worden, die sich mit der strukturellen, organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung des Themenjahres befasst. Begleitet wird dieses Team, dem die Kulturwissenschaftlerin Anja Lippe vorsteht, von einem Kuratorium unter der Leitung von Dr. Nora Goldenbogen, Vorsitzende des Landesverbandes

Sachsen der Jüdischen Gemeinden und Barbara Ludwig, vormalige Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz. Diesem Kuratorium gehören neben dem Landesrabbiner, weiteren Vertretern jüdischen Lebens in Sachsen, dem Beauftragten der Staatsregierung sowie dem Vorsitzenden des Expertenrates beim Sächsischen Staatsministerium für Kultus (SMK) eine ganze Reihe von Vertretern sächsischer Kulturbetriebe, wissenschaftlicher Einrichtungen und der Kulturstiftung des Freistaates an.

Bereits im Vorfeld der Planungen zum Themenjahr hat der Beauftragte den Historiker Dr. Daniel Ristau damit betraut, eine detaillierte Übersicht über die mit den Themen „Jüdisches Leben“ und „Jüdische Kultur“ verbundene Struktur der Trägerlandschaft im Freistaat zu erarbeiten. Diese Übersicht liegt mittlerweile vor und wurde vom Beauftragten auch dem Team zur Vorbereitung des Themenjahres beim SMAC Chemnitz zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise kann es auf datenbasierter Grundlage gelingen, ganz gezielt den landesweiten Anspruch des Themenjahres von Anbeginn an umzusetzen und bei der Planung lokaler Aktivitäten auf die Akteure vor Ort zuzugehen. Die Einbeziehung der lokalen Ebene und der Bündnisse vor Ort greift zum einen eine Anregung des Beauftragten und des Netzwerks „Jüdisches Sachsen“ auf, es ist zum anderen auch ein Garant dafür, dieses Themenjahr nachhaltig zu gestalten.

Ein weiteres Modul für das Themenjahr hat der Beauftragte durch den Grafiker Simon Haas bereits Ende 2022 in Auftrag gegeben. Hierbei handelt es sich um eine grafische Benutzeroberfläche, die alle Aktivitäten des Themenjahres aufzeigen kann und gemeinsam mit besonderen Markierungen, die historische Orte und Personen des jüdischen Lebens in Sachsen ausweisen und für einen inhaltlich/thematischen Zusammenhang sorgen kann, der weit vor Beginn des Themenjahres auf dieses aufmerksam macht und regionale Anknüpfungspunkte bietet. Gleichzeitig ist diese Plattform auch geeignet, die Veranstaltungen innerhalb des Themenjahres zu dokumentieren, die damit verbundenen Anregungen zum Thema „Jüdisches Leben – jüdische Kultur“ für weitere Interessenten nutzbar zu machen und so zur Nachhaltigkeit des Themenjahres entscheidend beizutragen. Auch dieses Modul wurde vom Beauftragten dem Leitungsteam des Themenjahres beim SMAC Chemnitz zur Verfügung gestellt. Es knüpft an Überlegungen des Teams an, eine interaktive Plattform bereits vor Beginn des Themenjahres öffentlich zur Verfügung zu stellen und damit die lokalen Akteure und Organisationen einbeziehen zu können bzw. über diesen Interessentenkreis hinaus weitere Ideen zu generieren und im Rahmen des Themenjahres umzusetzen.

Dem Beauftragten ist es wichtig, dass das Themenjahr auch ein Jahr der Bildung zu und Aufklärung über die jüdischen Facetten des Freistaates wird.

Ein erster Aufschlag dazu gelang mit der vom Mitteldeutschen Verlag bereits im Oktober 2021 herausgegebenen und in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten und dem Chemnitzer Verein „Schalom e.V.“ vom Leipziger Autor Henner Kotte verfassten Publikation „Jüdisches Sachsen – 99 besondere Geschichten“. Der vom Autor praktizierte Zugang, Geschichte durch Geschichten lebendig werden zu lassen, hat sich bestens bewährt und ist auch Grundlage für eine Reihe von Veranstaltungen zum Thema „Jüdisches Leben – jüdische Kultur“ im ganzen Freistaat und darüber hinaus. Zuletzt wurde das auf diesem Buch basierende literarisch-musikalische Programm in der Vertretung des Freistaates beim Bund präsentiert, eine weitere Veranstaltung ist für das Frühjahr 2024 im Verbindungsbüro des Freistaates in Prag terminiert. Bei diesen Veranstaltungen wird offensiv auch für das Themenjahr 2026 geworben.

Das Netzwerk „Jüdisches Sachsen“

Die gute Nachricht vorweg: In Sachsen sind – oft seit vielen Jahren oder Jahrzehnten – mehr als 50 Vereine, Initiativen und Einzelpersonen zu den Themen „Jüdisches Leben in Sachsen“, „Sachsens jüdische Geschichte“ und „Prävention, Bekämpfung und Abbau von Ressentiments gegenüber Juden und gegen jeglichen Antisemitismus“ aktiv.

Durch die im vorigen Abschnitt erwähnte detaillierte Übersicht über die mit den Themen „Jüdisches Leben“ und „Jüdische Kultur“ verbundene Struktur der Trägerlandschaft im Freistaat, erarbeitet vom Historiker Dr. Daniel Ristau, ist diese Zahl nicht nur wissenschaftlich verifiziert, sondern systematisch um diejenigen Akteure ergänzt, die in den Bereichen Bildungsarbeit, Kulturarbeit, Regionalgeschichte oder Wissenschaft das Thema anlassbezogen immer wieder aufgreifen. Daneben gibt es in zahlreichen Städten – mittlerweile auch in eher ländlich geprägten Regionen wie dem Vogtland, der Sächsischen Schweiz, im Leipziger Umland oder im Erzgebirgskreis – regelmäßig stattfindende Tage der jüdischen Kultur. 2019 wurde vom Beauftragten das Netzwerk „Jüdisches Sachsen“ ins Leben gerufen. Das Netzwerk trifft sich auf Veranlassung des Beauftragten seitdem regelmäßig in verschiedenen Städten des Freistaates. Es ist eine Besonderheit, dass von Anbeginn an Vertreter der jüdischen Gemeinden aus Chemnitz, Dresden und Leipzig in diesem Netzwerk mitarbeiten. Dies hat zur Folge, dass die Mehrzahl der Aktivitäten des Netzwerks thematisch, inhaltlich und auch organisatorisch mit der Arbeit der jüdischen Gemeinden im Freistaat eng verbunden ist.

Exemplarisch zeigt sich dies besonders an den „Tagen der jüdischen Kultur“, die ohne das tatkräftige Mitwirken zivilgesellschaftlicher Akteure in dieser Form und in ihrem Facettenreichtum so nicht denkbar wären.

Der Beauftragte kann feststellen, dass diese besonderen Thementage seit nunmehr drei Jahren kontinuierlich auch in nichturbanen Räumen angeboten werden und dass diese Veranstaltungen vor allem auf die vielen öffentlichkeitswirksamen Aktionen zum Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ in Sachsen zurückgehen. Dass diese besonderen Veranstaltungen im ländlichen Raum möglich sind und damit Menschen erreichen, die durch das Nichtvorhandensein von jüdischen Gemeinden in der Fläche zum Thema bisher keine Berührungspunkte hatten, kann nicht allein auf das Engagement und den Ideenreichtum der Veranstalter zurückgeführt werden. Es ist auch der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen zu danken, dass sie diese Tage der jüdischen Kultur oder spezielle Programme mit dem Schwerpunkt jüdische Perspektiven in Kunst und Kultur ermöglicht.

Die vor allem im Programmbereich „Kleinprojektfonds“ der Kulturstiftung des Freistaates geförderten Projekte dieser Art sind nicht nur ambitioniert, sondern weisen eine hohe künstlerische Qualität auf. Die dadurch geschaffenen neuartigen und das Interesse über Kunst und Kultur weckenden Begegnungsmöglichkeiten mit jüdischem Leben, jüdischen Perspektiven und jüdischer Kultur ergänzen die großstädtischen „Tage der jüdischen Kultur“ wirkungsvoll.

Für die Veranstaltungen in den großen Städten und in den ländlichen Regionen Sachsens gilt, was der Beauftragte bereits in seinem Bericht vom Vorjahr notiert hat: *„Man kann ohne Übertreibung feststellen, dass der gesellschaftliche Impact dieser Veranstaltungen bezüglich der Wahrnehmung der jüdischen Facetten des Freistaates Sachsen überdurchschnittlich hoch ist. Dies gilt es auch zukünftig zu sichern und die Unterstützung der Träger dieser Veranstaltungen perspektivisch auszubauen.“*

Das Netzwerk ist über den Beauftragten in alle aktuellen Diskussionen und Vorhaben eingebunden, die sich mit dem Themenbereich „Jüdisches Leben in Sachsen“ beschäftigen. Dazu zählen nicht nur die Weitergabe von Informationen, Stellenangeboten und Ausschreibungen, sondern auch die Einbindung der vielfältigen Ideen und Anregungen aus dem Netzwerk selbst in den Diskussions- und Entscheidungsprozess auf Landes- und kommunaler Ebene. Mehrere Tagungen des Netzwerks widmeten sich beispielsweise den Anregungen zur Struktur und Organisationsform sowie den Themen und Inhalten des geplanten Themenjahres „Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“, die dann über dem Beauftragten an die politischen Entscheider im Freistaat herangetragen wurden.

Ein weiteres Vorhaben, welches das Netzwerk inhaltlich mit konkreten Vorschlägen begleitet, ist das am Standort Alter Leipziger Bahnhof in Dresden-Neustadt vorgesehene und sich in der ersten Planungsphase befindliche Gedenk-, Informations- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und zur Gegenwart jüdischen Lebens in Sachsen. Hierfür sind aus dem Netzwerk selbst bereits sehr frühzeitig Signale und Vorschläge an die politisch Verantwortlichen der Landeshauptstadt gesendet worden, die der Beauftragte bei Sitzungen der Vorbereitungs- und Steuerungsgruppe einbringen konnte. Da dieses Zentrum zwar in Dresden verortet ist, aber eine landesweite Ausstrahlung mehr als wünschenswert erscheint, sind die Anregungen des landesweit tätigen Netzwerks zu diesem Vorhaben sehr zielführend und eine wichtige Ergänzung zu lokalen Überlegungen.

Hierbei gilt es selbstverständlich den Beschluss der Jüdischen Gemeinde zu Dresden zu beachten. Aus ihrer Sicht ist dieser Ort aus ihrer Sicht nicht geeignet ist, eine Verschiebung des Charakters der im Gebäudekomplex integrierten Gedenkstätte für die Opfer der Shoa hin zu einer vorwiegend kulturellen Nutzung voranzutreiben, wie dies einige Akteure aus Dresden immer wieder versuchen. Vielmehr sollte der Bahnhof als Ausgangspunkt für ein landesweit fruchtbares Konzept einer sachsenweit ausstrahlenden Erinnerungs- und Informationsstelle dienen. Aus fester Überzeugung des Beauftragten ist es ein wirklicher Mehrwert für die weitere inhaltlich-konzeptionelle Planung am Standort Alter Leipziger Bahnhof, wenn sich das landesweite Netzwerk „Jüdisches Sachsen“ weiterhin in diesen Diskussionsprozess aktiv einbringt.

Die vielfältigen Begegnungs- und Bildungsangebote der im Netzwerk „Jüdisches Sachsen“ engagierten Vereine und Organisationen hier aufzuzählen würde den Rahmen deutlich sprengen. Hingewiesen sei an dieser Stelle beispielhaft auf die vielfältigen wissenschaftlichen und kulturellen Impulse, Dokumentationen, Plakatserien und Filme, die seit Jahren verlässlich und in hoher Qualität die im ehemaligen „Judenhaus“ in der Bautzner Straße in Dresden beheimatete Gesellschaft für Kultur, Ingenieurwesen und Wissenschaft e.V. (KIW) konzipiert und realisiert. Oder auf das seit vielen Jahren erfolgreiche „Internationale Interkulturelle Fußballbegegnungsfest“ des Leipziger Vereins „Tüpfelhausen“.

Es wäre ein Gewinn für die Vertreter der Staatsregierung, sich künftig verstärkter zum Erfahrungsaustausch mit den Akteuren einzubringen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Es würde auch helfen, diejenigen mit Zuspruch und Bereitschaft zur Unterstützung stark zu machen, die sich auf dem gesamten Gebiet des Freistaates für die Themen „Jüdisches Leben“ und „Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus“ engagieren.

Der Beauftragte regt an dieser Stelle an, zu prüfen, ob im Rahmen der Vorbereitungen zum landesweiten Themenjahr „Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“ eine (aktualisierte) Handreichung publiziert werden könnte, die an die Publikation „Jüdisches Leben in Sachsen“ aus dem Jahr 2021 anschließen und die vielen Akteure im Freistaat angemessen präsentieren könnte. Der Beauftragte erhält stets die Rückmeldung, dass diese 2021 publizierte und mit Grußworten von Ministerpräsident Michael Kretschmer, Staatsminister Christian Piwarz und der Vorsitzenden des Landesverbandes Sachsen der jüdischen Gemeinden Dr. Nora Goldenbogen versehene Übersicht in vielen Einrichtungen des Freistaates bis heute wichtige Arbeitsgrundlage ist, wenn es gilt, Akteure des Netzwerks zu finden und zu kontaktieren.

Hingewiesen werden muss an dieser Stelle auch darauf, dass sich in den Nachfragen nach den Begegnungs-, Bildungs- und Weiterbildungsangeboten der Netzwerkpartner seit dem Terrorüberfall der Hamas auf den Staat Israel am 7. Oktober 2023 durchaus Änderungen ergeben haben. Zum einen fokussiert sich das Thema „Jüdisches Leben“ sehr schnell auf die aktuelle Situation in Israel, zum anderen sind Lehrkräfte angesichts der Brisanz des Themas teilweise sehr unsicher, ob eine geplante Bildungsveranstaltung, bei der es um Juden geht, nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden sollte. So stehen sich besonderes Interesse einerseits und Absagen von Veranstaltungen andererseits gegenüber.

Der Beauftragte, der in diesem Zeitraum an Schulveranstaltungen teilnahm, stellte fest, dass einige Lehrkräfte – besonders in Klassen mit einem höheren Schüleranteil aus arabischen Herkunftsländern – sich verunsichert zeigten. Es ist hilfreich, dass das Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) sehr schnell nach dem terroristischen Überfall auf Israel den Lehrkräften an sächsischen Schulen fundiertes Arbeitsmaterial zum Thema „Judentum“ zur Verfügung stellte, um bestehende Informationslücken schnell und faktenbasiert zu schließen.

Kooperationen als wichtige Arbeitsform für landesweite Aktivitäten des Beauftragten

Die Aufgaben des ehrenamtlich Beauftragten, Ansprechpartner für die jüdischen Bürger und Bürgerinnen und die jüdischen Gemeinden in Sachsen zu sein, die Beratung und Unterstützung der Staatsregierung in Fragen der Förderung jüdischen Lebens sicherzustellen und Impulse für die Erinnerungskultur sowie die Pflege des historischen Erbes zu geben sowie den damit verbundenen Bildungsauftrag in die Gegenwart zu übersetzen und dabei die Sichtbarmachung jüdischen Lebens im Freistaat durch die Initiierung und Konzeptionierung landesweit ausstrahlender (Pilot-)Projekte zu unterstützen, können nur gelingen, wenn er sich dazu auf Kooperationspartner aus dem Kreis der jüdischen Gemeinden in Sachsen sowie

Trägern der Kultur- und Bildungsarbeit stützen kann. Auch die dem Beauftragten übertragene Aufgabe, Vermittler für die Antisemitismusbekämpfung durch den Freistaat und zivilgesellschaftliche Organisationen zu sein, sind nur möglich, wenn sich der Beauftragte dazu die Unterstützung erfahrener Partner aus dem schulischen und vor allem dem außerschulischen Bereich sichern kann. Dies geschieht in Regel über Kooperationen, die es dem Beauftragten ermöglichen, auf das Wissen, die Erfahrung und vor allem die Strukturen der sächsischen Trägerlandschaft zugreifen zu können. Die Grundlage für einen nicht unwesentlichen Teil dieser in Kooperation durchgeführten Initiativen des Beauftragten ist ein schriftlich fixierter Kooperationsvertrag. In jedem Kooperationsvertrag wird das in Kooperation zu leistende Vorhaben des Beauftragten klar benannt und die Höhe der finanziellen Unterstützung der Kooperationspartner zur Realisierung des Vorhabens geregelt.

Die finanzielle Unterstützung erfolgt aus den im Haushaltseinzelplan des SMK für den Beauftragten bereitgestellten Sach- und Verwaltungsmitteln. Die finanzielle Beteiligung des Beauftragten erfolgt nach einer vorherigen inhaltlichen Prüfung und unter Beachtung der Grundsätze des Haushaltsrechts. Im Berichtsjahr 2023 konnten auf diese Weise mehrere Projekte des Beauftragten realisiert werden, auf die im Folgenden kurz eingegangen werden soll.

In Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Amerikanischen Institut Sachsen (DAI) wurden im Rahmen der „Jewish Remembrance Week Görlitz“, die vom 19. bis 25. Juni 2023 in Görlitz stattfand, zwei besondere Veranstaltungen durchgeführt, bei denen auch letzte Holocaustüberlebende als frühere Görlitzer Bürger jüdischen Glaubens in Görlitz erwartet wurden. So konnte auch der Besuch einer früheren Görlitzerin realisiert werden, die heute in Brasilien lebt. Da diese Veranstaltungen nicht nur sachsenweit, sondern auch darüber hinaus per Livestream ausgestrahlt werden sollten und damit ein besonderer Fokus auf die Erinnerungsarbeit in Sachsen gelegt werden konnte, war die Realisierung dieses Teils der Gedenkwoche ein besonderes Anliegen des Beauftragten.

Ein weiteres in Kooperation durchgeführtes Projekt war ein Workshop zu „Antisemitismus in Geschichte in Gegenwart“ am Gymnasium Engelsdorf, das gemeinsam mit dem Bildungsverein parcours e.V. realisiert werden konnte. Während des Workshops wurde gemeinsam mit den Gymnasiasten untersucht, was Antisemitismus überhaupt ist, wie er sich historisch entwickelt hat, sich an zeitgenössische Diskurse anpasst und welche Erscheinungs- und Ausdrucksformen er dadurch angenommen hat. Zudem wurden die Schülerinnen und Schüler dafür sensibilisiert, wie Verfolgung, Vereinnahmung und Projektion jüdisches Leben in Sachsen bis heute prägen.

Da im Schulunterricht die Problematik des Antisemitismus fast ausschließlich im Kontext des Nationalsozialismus behandelt wird, lag der Schwerpunkt dabei auf den verschiedenen Aspekten und der historischen Kontinuität von Antisemitismus und seinen Stereotypen sowie aktuellen Erscheinungsformen. Nach Themenaufriss und Erarbeitung verschiedener Aspekte durch die Jugendlichen sowie einer intensiven Diskussion wurde der Film „Mazal tov cocktail“ gezeigt, der sich mit der Wahrnehmung des Antisemitismus aus jüdischer Perspektive im Hier und Jetzt auseinandersetzt.

Mit dem Verein „Tüpfelhausen“ aus Leipzig-Leutzsch konnten Begegnungs- und Bildungsmaßnahmen im Rahmen des "Internationalen, Interkulturellen Fußballbegegnungsfestes" (IFBF) umgesetzt werden. Dieses sportliche Ereignis, das nach Aussage des Auswärtigen Amtes das größte und wichtigste seiner Art in der Bundesrepublik Deutschland ist, schließt nicht nur an die reiche jüdische Sporttradition des Freistaates an, es ist auch Botschafter Sachsens für eine gemeinsame Zukunftsgestaltung, die die Vergangenheit nicht ausspart, sondern dezidiert anspricht und thematisiert. Hier wird nicht nur der sportliche Wettkampf gefördert, sondern auch das Verständnis und die Toleranz für andere Kulturen, Religionen und die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen der Vergangenheit. Das IFBF ist ein Projekt, welches deutschlandweit und international bekannt ist, sich wie kaum ein anderes zivilgesellschaftlich gegen alle Formen des Antisemitismus einsetzt und nachhaltige evaluierte Erfolge aufweisen kann. Das Projekt wurde mit den bekanntesten zivilgesellschaftlichen Preisen in Deutschland ausgezeichnet, so bspw. mit dem Julius-Hirsch-Preis des Deutschen Fußball-Bundes e.V.

Besonders bedeutsam ist die Teilnahme von Juden aus Israel, die nach Leipzig reisen und somit zur lebendigen Erinnerung des zwangsaufgelösten jüdischen Fußballvereins SK Bar Kochba Leipzig beitragen. Es ist ein lebendiges, starkes und einzigartiges Projekt gegen jeden Antisemitismus und leistet einen wichtigen Beitrag für die Aufrechterhaltung einer offenen, toleranten und demokratischen Gesellschaft mit einem enormen Mehrwert nicht nur für den Freistaat Sachsen selbst, sondern als Aushängeschild für die engagierte Bearbeitung dieses Themas durch die sächsische Zivilgesellschaft in enger Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden, hier speziell mit der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig und Landesrabbiner Zsolt Balla.

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e. V. (ISGV) wurde ein wichtiger Bereich der Erforschung und Vermittlung von historischem Wissen über jüdische Geschichte in Sachsen vorangetrieben und die Erstellung von zehn ausgewählten Biografien zu jüdischen Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts realisiert. Da die Geschichte jüdischen Lebens in Sachsen für den Zeitraum 1806–1871 erhebliche Lücken aufweist,

konnten diese durch die Erstellung und Publizierung von Biografien jüdischer Persönlichkeiten im Zeitalter der Emanzipation geschlossen werden. Das Vorhaben ist in den Rahmen des ISGV-Projekts zu Sächsischen Biografien eingebettet. Es versteht sich als Teil der Grundlagenforschung zur Geschichte der Juden in Sachsen. Über die individuellen Lebensläufe jüdischen Lebens in Sachsen im 19. Jahrhundert hinaus sollen zugleich neue Forschungsperspektiven eröffnet werden. Zielgruppe des Vorhabens war damit die Wissenschaft, aber auch die weitere interessierte Öffentlichkeit (Institutionen der politischen Bildung, Schulen, Heimatforschende, interessierte Laien). Der freie Zugang zu den biografischen Beiträgen über das digitale Portal „Sächsische Biografie“ ermöglicht einen zeit- und ortsunabhängigen Zugang zu den Projektergebnissen. Die Biografien werden nach Durchlaufen des Redaktionsprozesses am ISGV fortlaufend publiziert. Daneben ist als Abschluss des Projekts eine wissenschaftliche Publikation im Rahmen einer der Veröffentlichungsreihen des ISGV vorgesehen (Erscheinungsjahr 2025). Zudem sollen die Ergebnisse, soweit finanzielle Förderungsmöglichkeiten dafür zur Verfügung stehen, im Rahmen des Themenjahrs der Jüdischen Kultur in Sachsen 2026 in Abstimmung mit dem SMAC Chemnitz als koordinierender Institution des Themenjahrs in einer digitalen bzw. analogen Ausstellung an eine breitere Öffentlichkeit vermittelt werden.

Mit dem Förderverein „Kommen und Gehen e.V.“, der sich vor allem um kulturelle Projekte in der Lausitzer Region verdient gemacht hat, konnte ein internationales Begegnungskonzert mit dem Israeli Ladino Orchestra aus Israel geplant und durchgeführt werden. Es diente der Vermittlung von authentischer jüdischer Lebensrealität aus Israel in Sachsen. Das Ziel des Begegnungskonzerts war, durch die musikalische Darbietung des Israeli Ladino Orchestra aus Tel Aviv eine Brücke zwischen der reichen jüdischen Geschichte und Kultur sowie der Gegenwart in Sachsen zu schlagen und im Anschluss über das Thema mit den Zuhörern ins Gespräch zu kommen. Das Konzert bot ein authentisches Erlebnis an, das das jüdische Leben in Sachsen bereicherte und Vorurteile abbauen half. Die internationale Begegnung ermöglichte auch einen Dialog zwischen verschiedenen Kulturen und Gemeinschaften. Das Begegnungskonzert fand im Rahmen der Internationalen Tage jüdischer Musik im Kulturforum Neue Synagoge Görlitz statt und wurde unter Einbeziehung des Beauftragten vom Verein „Kommen und Gehen“ in Zusammenarbeit mit dem Usedomer Musikfestival organisiert.

Auch dass man in Chemnitz nach Dresden und Leipzig nun auch eine Chanukkia während des Chanukka-Festes im öffentlichen Raum aufstellen und mit einem reichen Begleitprogramm die jüdische Gemeinde gemeinsam mit der Chemnitzer Stadtgesellschaft und den Gästen der Stadt dieses Fest feiern konnte, ist ein Ergebnis einer erfolgreichen Kooperation des Beauftragten mit Partnern vor Ort.

Bereits von dem leider 2023 verstorbenen Egmont Elschner, dem langjährigen „spiritus rector“ der Tage der jüdischen Kultur in Chemnitz, als Idee und konkretes Ziel formuliert, konnte es durch die erfolgreiche Kooperation des Beauftragten mit der Jüdischen Gemeinde zu Chemnitz und dem Verein der Tage der jüdischen Kultur in Chemnitz e. V. realisiert werden. Da die jüdische Gemeinde in Chemnitz auf Grund notwendiger Bau- und Sicherungsmaßnahmen die Synagoge und deren Räumlichkeiten momentan nicht nutzen kann und in einem Ausweichquartier im Stadtzentrum residiert, war es dem Vorstand der Gemeinde ein wichtiges Anliegen, eine Chanukkia im öffentlichen Raum aufzustellen.

Damit konnte eine gute Idee verwirklicht werden, weiterhin vor Ort wahrnehmbar zu sein, am öffentlichen Leben der Stadt teilzuhaben und Präsenz zu zeigen.

Die Chanukkia selbst wurde mit der Hilfe des Londoner Architekten Tim Fu entworfen, der auch seinerseits dieses Vorhaben aktiv unterstützte. Durch die Kooperation des Beauftragten mit den oben genannten Partnern war es möglich, die Chanukkia im Chemnitzer Stadthallenpark aufzustellen und neben Ansprachen von Gemeindemitgliedern und Vertretern der kommunalen Verwaltungsspitze jeden Abend kurze Live-Musik Beiträge und kleine Rede- oder Lesungsbeiträge rund um das Entzünden der Kerzen anzubieten, außerdem Tee und Sufganiyot/Gebäck.

Dass neben den bereits traditionellen Chanukkafeiern auf dem Schlossplatz in Dresden und dem Gedenkort für die während des Novemberpogroms 1938 zerstörten großen Gemeindesynagoge in der Gottschedstraße in Leipzig nun auch am dritten Standort einer jüdischen Gemeinde in Sachsen ein solches öffentlichkeitswirksames Event an prominenter Stelle im Stadtraum realisiert werden konnte, ist ein besonders gelungenes Beispiel, wie Kooperationen es dem Beauftragten ermöglichen, die in seiner Berufung durch die Staatsregierung formulierten Aufgaben und Erwartungen erfüllen zu können.

Kooperationen sind nach Einschätzung des Beauftragten auch zukünftig ein Schlüssel zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben, die er allein in seiner ehrenamtlichen Funktion nicht leisten könnte. Aus diesem Grund dankt der Beauftragte der Verwaltung, die ihn bei der Ausgestaltung und der Abwicklung solcher Kooperationen bisher sehr unbürokratisch und vertrauensvoll unterstützt hat.

Antisemitismus in Sachsen. Aufklärung, Prävention und Bekämpfung.

Ein Blick vorweg aufs Ganze: Seit dem Terrorangriff der islamistischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sind die antisemitischen Straftaten in Deutschland deutlich angestiegen. Das Bundeskriminalamt verzeichnete allein in diesem Zusammenhang bis zum 21. Dezember 2023 mehr als 1100 Delikte im kriminalpolizeilichen Meldedienst für Fälle politisch motivierter Kriminalität. Es handelt sich dabei vor allem um Sachbeschädigungen sowie Volksverhetzungen, aber auch Angriffe auf Synagogen und andere jüdische Einrichtungen. Das ist deutlich mehr als in jedem der ersten drei Quartale des Jahres, zu denen das Bundesinnenministerium im November 2023 Zahlen veröffentlichte. So wurden im ersten Quartal 558 antisemitische Straftaten registriert, im zweiten Quartal 609 und im dritten 540. Diese Zahlen beinhalten alle Delikte - die links- und rechtsextremistisch motivierten ebenso wie die aus den Kategorien »religiöse Ideologie« und »ausländische Ideologie«. 2023 wurden damit insgesamt 2874 antisemitische Straftaten, darunter 88 Gewalttaten registriert.

Israels Botschafter Ron Prosor fand dazu deutliche Worte: „Die Tatsache, dass Juden Angst haben, mit einer Kippa auf die Straße zu gehen oder auf Hebräisch in ihre Handys zu sprechen, das kann einfach nicht sein. Wir müssen aufwachen“, so Prosor gegenüber dpa. „Leute, die Angst haben, ihre Kinder in die Schule zu bringen, wenn die Schule nicht geschützt wird: Das sind Verhältnisse, die nicht normal sind“, so der Botschafter Israels und fügte hinzu: „Die Angst ist wirklich da. Man müsse sich fragen, in welcher Wirklichkeit, in welcher Gesellschaft und in welchem Land man eigentlich leben wolle, in einem Land, in dem Polizisten Kindergärten beschützen müssen? In einem Land, in dem jüdische Schulen Tag und Nacht geschützt werden müssen? In einem Land, in dem Davidsterne auf Häuser gesprüht werden, in denen Juden leben? Das kann man nicht als normal ansehen. Antisemitismus“, so Prosor weiter „ist immer eine Gefahr, nicht nur für Juden, sondern für die Gesellschaft insgesamt“. Unterstützung bekam er vom Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Felix Klein. Dieser nannte den Terrorangriff der Hamas eine „Zeitenwende auch für die Sicherheit der Juden in Deutschland. Seit dem Holocaust sind Juden in Deutschland nicht mehr in so großer Gefahr gewesen wie heute“.

Auch in Sachsen ist seit einiger Zeit – verstärkt auch durch die Ereignisse im Zusammenhang mit dem terroristischen Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023 – eine Zunahme von Vorfällen zu beobachten, die aus antisemitischen Ressentiments heraus mit der Delegitimation Israels und dem Zweifel an der Rechtmäßigkeit seiner Verteidigung gegen Terrorismus antisemitische Narrative bedienen.

Die Arbeit im Bereich „Abbau und Prävention von Antisemitismus“ wird also nicht weniger, sondern wird wichtiger als zuvor sein. Auch wenn die Zunahme der Zahlen der bundesweiten BKA-Statistik sich regional eher auf westdeutsche Großstädte und den Ballungsraum Berlin beziehen, kann für Sachsen keine Entwarnung gegeben werden. Immer wieder kommt es seit dem 7. Oktober 2023 auch in sächsischen Großstädten zu Sympathiekundgebungen für die Terrororganisation Hamas, zu Demonstrationen gegen Israel oder Juden allgemein und zu Sachbeschädigungen gegen jüdische Einrichtungen. Der statistisch wohl nachweisbare geringere Grad der Bedrohung jüdischer Bürger und jüdischer Einrichtungen in Sachsen korreliert dabei nicht mit dem (Un-)Sicherheitsempfinden der jüdischen Gemeinden in Sachsen und ihrer Mitglieder. Auch in Sachsen sind Juden zunehmend mit der Frage konfrontiert, in welcher Form und mit welcher Selbstverständlichkeit sie sich öffentlich und erkennbar zu ihrer Religionszugehörigkeit bekennen können.

Dabei hat sich der Fokus schleichend von einer offenen Bedrohung durch rechtsextreme Kreise zu einer nicht minder gefährlichen Bedrohungssituation durch islamistische Gefährder, sich selbst als links verortende Israelhasser und andere, bisher schweigende Personengruppen bis hin in kirchliche Kreise gewandelt. Wenn zur Weihnachtszeit ein dem Jugendbildungsbereich vorstehender Beschäftigter der der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens in seinen sozialen Netzwerken ein Video postet, das Jesus als Palästinenser ausgibt, kommentarlos die Zerstörung Gazas durch Israel anprangert, damit einseitige Täter-Opfer-Umkehr betreibt und im Kern eindeutig antisemitisch ist, löst dies verständlicherweise nicht nur Bestürzung bei Mitgliedern der jüdischen Gemeinden Sachsens aus, es konterkariert auch die klare Haltung der sächsischen Kirchen gegen Antisemitismus und die jahrelange und sehr engagierte Arbeit solcher Organisationen wie dem Verein für Jüdisch-Christliche Zusammenarbeit.

Es ist für die Arbeit des Beauftragten und die Strategie der Sächsischen Staatsregierung gegen Antisemitismus hilfreich, dass Vorfälle wie diese durch das Ausbleiben einer polizeilichen Anzeige nicht mehr im sogenannten Dunkelfeld verschwinden, sondern von der im Jahr 2022 in Sachsen eingerichteten Meldestelle für antisemitische Vorfälle erfasst und dokumentiert werden.

Antisemitismusprävention und -bekämpfung ist erklärtes Ziel der Koalitionsparteien, die die sächsische Staatsregierung stellen. So heißt es dazu im Koalitionsvertrag von 2019: „Wir kämpfen gegen jede Form von Antisemitismus. (...) Wir wenden uns gegen jegliche Form von Antisemitismus, werden jüdische Einrichtungen schützen und jüdisches Leben unterstützen“.

Der Beauftragte unterstützt die Staatsregierung bei dieser Aufgabe nach Kräften, so unter anderem mit dem Einsatz für ein landesweit tätiges Fachnetzwerk gegen Antisemitismus, das im Jahr 2023 seine Arbeit aufnehmen konnte. Er ist Ansprechpartner der Staatsregierung im Hinblick auf Beratungsangebote zu zielgenauen Förderprogrammen und Förderschwerpunkten sowie der Rückkopplung staatlicher Ansätze mit den Erfahrungen der Träger vor Ort. Dies geschieht in erster Linie über die regelmäßig stattfindenden Treffen des Netzwerks „Jüdisches Sachsen“, das der Beauftragte bereits im Jahr 2019 ins Leben gerufen hat, seitdem anleitet und im Verbund mit seiner Geschäftsstelle koordiniert.

Nach wie vor kann sich der Beauftragte in seiner Arbeit zur Antisemitismusprävention- und -bekämpfung auf starke Partner verlassen.

Neben dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus (SMK), hier vor allem dem Referat für politische Bildung im Zusammenspiel mit den Koordinationsstellen für politische Bildung des Landesamtes für Schule und Bildung (LaSuB) ist es das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS), das über das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ immer wieder Akzente zum Abbau von Antisemitismus setzt und Fördervorhaben rechtzeitig mit dem Beauftragten abstimmt.

Ein konkretes Beispiel, wie man das Thema Antisemitismus, dessen Formen und Möglichkeiten der Bekämpfung an junge Menschen herantragen kann, ist die seit 2022 vom Beauftragten initiierte und mit tatkräftiger Unterstützung des SMK und des LaSuB durchgeführte Lese- und Gesprächsreise der deutsch-jüdischen Autorin und Journalistin Gunda Trepp, zugleich auch Gründerin der Leo Trepp Stiftung. Diese Stiftung hat das Ziel, das Wissen um jüdisches Leben im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, Aufklärungsarbeit gegen Antisemitismus zu leisten und begeistert im Rahmen des jährlich ausgelobten Leo Trepp-Schülerpreises junge Menschen für jüdische Geschichte und Kultur. Die Lese- und Gesprächsreise fand in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten auch 2023 statt und erreichte eine Vielzahl an Schülerinnen und Schülern an sächsischen Schulen. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der Umstand, dass sich die Gespräche und anschließenden Diskussionen sowohl mit den Schülern als auch dem Lehrpersonal in diesem Jahr von denen der Vorjahre unterschied, weil die Lese- und Gesprächsreise im Zeitraum nach dem terroristischen Überfall auf Israel stattfand und das Thema „Jüdisches Leben“ nun in einem größeren Kontext debattiert wurde. Festzuhalten bleibt, dass es möglich ist, auch in dieser besonderen Situation mit faktenbasierten Argumenten gut zu den jungen Leuten vorzudringen und dass diese sich über den auf Israel fokussierten Blick verstärkt auch für die Situation der in Sachsen lebenden Juden interessieren.

An dieser Stelle sei eine abschließende Bemerkung erlaubt, die an den Abschnitt *Kooperationen als wichtige Arbeitsform für landesweite Aktivitäten des Beauftragten* anschließt:

Ein solches Unterfangen wie die Lese- und Gesprächsreise an einer Vielzahl sächsischer Schulen zu organisieren, wäre weder dem Beauftragten in seiner ehrenamtlichen Funktion noch seiner personell sehr übersichtlich besetzten Geschäftsstelle allein möglich. Durch die starke Unterstützung des SMK und des LaSuB sind solche landesweit angesetzten und notwendigen Maßnahmen zum Abbau antisemitischer Stereotype und Ressentiments und zur positiven Hinwendung zum Thema „Jüdisches Leben in Sachsen“ überhaupt nur realisierbar. Der Beauftragte bedankt sich daher sehr herzlich für diese Unterstützung, die es ihm ermöglicht, seine von der Staatsregierung formulierten Aufgaben auszuführen und bestmöglich umzusetzen.

Das Fachnetzwerk gegen Antisemitismus in Sachsen

2023 ist das Ariowitschhaus Leipzig als landesweite Koordinierungsstelle vom Fachbeirat der Stiftung „Weltoffenes Sachsen“ ausgewählt worden und nun als Fachnetzwerk gegen Antisemitismus in Sachsen tätig. Anknüpfend an eine ganze Reihe von Projekten dieses Hauses, die sich dieser Thematik widmeten - wie beispielsweise das Projekt „Abbau von Antisemitismus“, das interkulturelle Kunstprojekt „Rap against hate“ oder die vielen Weiterbildungsmaßnahmen des Hauses über Antisemitismus und dessen Bekämpfung für Lehrkräfte, für die Polizei oder die Bundeswehr - ist sich der Beauftragte sicher, dass die nachgewiesenen Kompetenzen und pädagogischen Ansätze des Teams des Ariowitschhauses mehr als geeignet sind, die Rolle des Fachnetzwerkes auszufüllen. Im Zentrum der Arbeit steht das Engagement gegen Antisemitismus und für die Sichtbarkeit und Selbstbestimmung jüdischer Lebensrealitäten in Vergangenheit und Gegenwart. Es ist als Plattform zur Vernetzung, zum Austausch und Empowerment gedacht und dient dem gegenseitigen Wissenstransfer für Akteure in ganz Sachsen dienen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf den ländlichen Raum gerichtet sein.

An der feierlichen Eröffnungsveranstaltung Anfang 2023 nahmen über 40 Akteurinnen und Akteure, die sich in 29 Vereinen und anderen Institutionen gegen Antisemitismus und für die Sichtbarkeit und Selbstbestimmung jüdischer Lebensrealitäten in Sachsen einsetzen, teil, um sich im Fachnetzwerk auszutauschen und zu vernetzen. Marina Chernivsky, die Leiterin des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment und Gründerin und Geschäftsführerin der Beratungsstelle Ofek e.V., trug zur Rolle jüdischer Perspektiven und Erfahrungen in der Antisemitismusforschung und den Konsequenzen vor, die sich daraus für eine antisemitismuskritische Praxis in der Bildungsarbeit ableiten lassen.

Das große Interesse an der Arbeit des Fachnetzwerks wurde auch durch die Teilnahme eines Vertreters des Sächsischen Staatsministerium für Kultus und der Koordinatorin für politische Bildung am Landesamt für Schule und Bildung sowie dreier Mitarbeiter der Stadt Leipzig vom Referat für internationale Zusammenarbeit sowie vom Referat für Demokratie deutlich.

Mittlerweile hat das Fachnetzwerk drei weitere Tagungen durchgeführt, die schon durch die Auswahl der Tagungsorte Pirna, Annaberg-Buchholz und Chemnitz den landesweiten Blick des Fachnetzwerks dokumentieren.

Der Beauftragte ist dankbar für die Einrichtung dieser Fachstelle, die sowohl einzelne Maßnahmen in Sachsen – die in einer beeindruckenden Bandbreite sowohl in den kreisfreien Städten als auch den Landkreisen Sachsens aktiv sind – miteinander vernetzen und so fruchtbar für den gesamten Freistaat machen kann als auch die hohe fachliche Qualität der in Sachsen geplanten und durchgeführten Projekte zum Thema Antisemitismusprävention garantiert.

Meldestelle RIAS Sachsen

Seit nunmehr zwei Jahren ist die sächsische Meldestelle, Mitglied im Bundesverband RIAS e.V., zur Meldung und Dokumentation von antisemitischen Straftaten als auch von Vorfällen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze in Sachsen aktiv. Seit dem 7. Oktober 2023, dem Datum des terroristischen Überfalls auf Israel, ist ein enormer Anstieg antisemitischer Vorfälle Deutschlandweit zu verzeichnen.

Mit 29 Vorfällen pro Tag ist dies ein Anstieg von 320% zum Jahresdurchschnitt im Jahr 2022. Alle RIAS-Meldestellen, auch die in Sachsen, berichten von einem anhaltend hohen Meldeaufkommen. Dies ist insofern ein unhaltbarer Zustand, als sich antisemitische Vorfälle und Äußerungen aufgrund des Massakers der Hamas besonders negativ auf das Lebens- und Sicherheitsgefühl von jüdischen Communities auswirken. Vermehrt wird auch an Hochschulen antiisraelische Propaganda verbreitet. Dabei kommt es zu antisemitischen Schmierereien und Versammlungen sowie dem Verteilen antisemitischer Flugblätter. Insgesamt wurden 37 antisemitische Vorfälle an Hochschulen dokumentiert. Jüdische Studenten berichten, dass sie von ihren Kommilitonen für das Verhalten Israels verantwortlich gemacht wurden und daher der Hochschule fernblieben. Auch an sächsischen Hochschulen sind diejenigen, die aus vermeintlich linken, antiimperialistischen Motiven heraus die Verbrechen der Hamas herunterspielen und Israel als Aggressor darstellen, zumindest in der studentischen Selbstverwaltung nicht ohne Einfluss. Beispielsweise verabschiedete Ende Oktober 2023 der „Student*innen-Rat“ (StuRa) der Universität Leipzig eine antisemitische Stellungnahme zum Gaza-Krieg. In dieser werden Hamas-Terror verharmlost und Israel dämonisiert.

Der vom StuRa-Referenten für Hochschulpolitik zusammen mit dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft eingebrachte Antrag mit dem Titel „Keine Zusammenarbeit mit Unterstützer*innen des Terrorismus“, über den ursprünglich im StuRa-Plenum abgestimmt werden sollte, wurde nicht angenommen. Der StuRa solle sich in diesem gegen jede Unterstützung von Gruppen und Personen aussprechen, die Terrororganisationen wie die Hamas „unterstützen, ihre Mittel rechtfertigen oder verharmlosen“. Per Eilantrag kam stattdessen eine von antisemitischen Ressentiments durchsetzte „Stellungnahme zum Krieg in Israel und Palästina“ auf die Tagesordnung, die letztlich beschlossen wurde und somit für die studentische Selbstverwaltung bindend ist. Begleitend zu dieser Fehlleistung wurden am Seminargebäude auf dem Campus ein Transparent mit dem Slogan »Free Palestine« aufgehängt, begleitet von „From the river to the sea“-Rufen. Dieser Aufruf, Israel und damit seine Bevölkerung von der Landkarte zu tilgen, ist ein seit Jahren genutzter antisemitischer Slogan, der mittlerweile unter Strafandrohung steht.

Bei RIAS Sachsen sind dieser und andere Vorfälle dokumentiert. Ein genaues Hinschauen und Nachhaken der Politik lohnen sich. Gern ist der Beauftragte auch bereit, den politisch Verantwortlichen den Kontakt zu RIAS Sachsen zu vermitteln.

Beratungsstelle OFEK Sachsen

Die sächsische Beratungsstelle unter der Leitung und fachlichen Verantwortung der Fachberatungsstelle bei der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST) ist auf Beratung bei antisemitischen Vorfällen und Community-basierte Beratung spezialisiert. Sie bietet den betroffenen jüdischen Sachsen sowohl psychosoziale Begleitung als auch gemeinsame Krisenbewältigung und emotionale Unterstützung an, vermittelt zudem auch eine juristische Erstberatung und bei Bedarf Gespräche mit ausgebildeten Psychologen. Meldungen können durch die Etablierung der Beratungsstelle in Sachsen nicht nur über die bundesweite Hotline erfolgen, sondern über einen persönlichen Ansprechpartner. Leider ist die dafür eingerichtete Stelle seit einiger Zeit vakant. Das OFEK-Team wurde in dieser Zeit von der OFEK-Leiterin Marina Chernivsky vertreten, die 2023 zudem zahlreiche Workshops, Vorträge und Fachberatungen in Sachsen anbot, um für die Relevanz des Antisemitismus und Betroffenenperspektive zu sensibilisieren sowie zur Weiterentwicklung der Intervention bei Vorfällen beizutragen.

Die 2023 vorgestellte Beratungsstatistik für den Zeitraum Juli 2022 bis Juni 2023 weist bundesweit mit 369 Beratungsanfragen einen neuen Höchstwert auf. Dass dieser Wert später von einem Beratungsaufkommen mit immerhin 390 Beratungsanfragen in den ersten vier Wochen nach dem Terrorüberfall der Hamas auf Israel und seine Bürger übertroffen wurde, belegt, in welcher Ausnahmesituation sich die jüdische Community seit dem 7. Oktober 2023

befindet. Insgesamt wurde seit diesem Angriff in über 670 Fällen um umfassende Beratung gebeten.

Die langfristigen Folgen des Terrorangriffs, des Krieges und der Verdichtung antisemitischer Bedrohung in Deutschland und weltweit werden auch die Arbeit von OFEK Sachsen langfristig beeinflussen.

Es ist sehr zu wünschen, dass die Beratungsstelle in Sachsen sehr bald eine geeignete Person anstellen kann, um die regionale Erreichbarkeit für die jüdischen Gemeinden im Freistaat wieder durchgehend zu gewährleisten.

Schulstudie zu Antisemitismus in Sachsen

Die vom Beauftragten befürwortete und anteilig aus Mitteln des SMK finanzierte Studie „Antisemitismus im Kontext Schule in Sachsen“ wurde im Jahr 2023 abgeschlossen und zunächst dem SMK als Auftraggeber und danach im Rahmen der Konferenz „Antisemitismus in Ostdeutschland: Bestandsaufnahmen – Erfahrungen – Prävention“ im Beisein des Beauftragten, der als Referent zu dieser Tagung eingeladen war, Vertretern der jüdischen Communities aus Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen, fachkundigen Wissenschaftlern, politisch Verantwortlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren präsentiert. Die Studie mit Einzelinterviews befasst sich mit der Frage, wie Antisemitismus an sächsischen Schulen aktuell in Erscheinung tritt und durch Betroffene, Lehrer sowie Schulleitungen in Sachsen wahrgenommen, eingeordnet und bearbeitet wird.

Anregungen an die Staatsregierung

Schutz und Förderung jüdischen Lebens als Staatsziel Sachsens in die Landesverfassung aufnehmen. Staatsvertrag zügig verhandeln und ratifizieren.

Neben der aus aktuellem Anlass resultierenden Anregung des Beauftragten an die Staatsregierung, den Schutz und die Förderung jüdischen Lebens als Staatsziel in die Landesverfassung aufzunehmen – eine Initiative, die auch der Antisemitismusbeauftragte Dr. Ludwig Spaenle im Freistaat Bayern unterstützt – ist es ausdrückliche Bitte des Beauftragten, die Verhandlungen zum Staatsvertrag mit dem Landesverband Sachsen der jüdischen Gemeinden zeitnah durchzuführen, um die im Abschnitt *Auf dem Weg zu einem neuen Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Landesverband Sachsen der*

Jüdischen Gemeinden detailliert aufgeführten Zusatzpunkte zu jüdischer Kultur und Unterstützung von Begegnungsformaten mit jüdischem Leben in der Gegenwart zu ergänzen und den Vertrag noch vor Ablauf der laufenden Legislaturperiode zu ratifizieren.

Die Anregungen, die der Beauftragte bereits in vorangegangenen Berichten an die Staatsregierung adressiert hat, werden nachfolgend wieder aufgerufen:

Unterstützung des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden zur Errichtung eines jüdischen Alten- und Pflegeheimes

Durch den hohen Altersdurchschnitt der Gemeindemitglieder in Sachsen stellt sich dringend die Frage eines jüdischen Alten- und Pflegeheims. Der Landesverband hat sich bereits dieses Themas angenommen, benötigt aber Hilfe seitens der Staatsregierung, eine solche Einrichtung zu planen und zu realisieren. Dazu hat der Beauftragte mit der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) bereits Gespräche geführt mit dem Ergebnis, dass die ZWST eine solche Initiative unterstützen würde. Zwar unterhält die ZWST in eigener Trägerschaft bzw. in Kooperationen mit anderen Trägern der Wohlfahrt zurzeit schon acht solcher Einrichtungen, die meisten sind jedoch auf Grund der großen räumlichen Entfernung keine Option für ältere Gemeindemitglieder in Sachsen. Der Beauftragte bittet die Staatsregierung, sich dieses Themas anzunehmen.

Förderungen eintägiger Schul-Bildungsfahrten zum Lernort Ghetto Theresienstadt

Das von der Brücke-Most-Stiftung administrierte Förderprogramm „Lernorte“, welches durch finanzielle Unterstützung von Schul-Bildungsfahrten jungen Menschen eine Teilnahme an politischer Bildung im Rahmen des schulischen Bildungsauftrages ermöglicht, ist durch die zugrunde liegenden Förderrichtlinien – mit guten und nachvollziehbaren Argumenten – darauf ausgelegt, Bildungsfahrten im Ausland nur bei einer Mindestprogrammdauer zu unterstützen, wobei der Schwerpunkt bei vier- bis sechstägigen Fahrten liegt.

In Gesprächen mit der Gedenkstättenleitung des ehemaligen Ghettos Theresienstadt bat diese den Beauftragten, zu prüfen, ob angesichts der räumlichen Nähe zum Freistaat und der damit verbundenen kurzen Anreisewege für sächsische Schulen nicht auch die Förderung eintägiger Bildungsfahrten möglich sei.

Dieser Argumentation schließt sich der Beauftragte an und bittet die Staatsregierung zu prüfen, ob die Richtlinie des Programms „Lernorte“ dahingehend modifiziert werden kann, dass diese die Förderung eintägiger Bildungsfahrten nach Theresienstadt ausdrücklich ermöglicht.

Jugendkongress "Jüdisch in Chemnitz. In Sachsen. In Europa"

Während einer gemeinsamen Tagung des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden mit Vertretern der Föderation Jüdischer Gemeinden der Tschechischen Republik im Verbindungsbüro des Freistaates in Prag im November 2022 wurde die Idee eines Jugendkongresses unter der Überschrift "Jüdisch in Chemnitz. In Sachsen. In Europa" entwickelt. Diese soll nach dem Wunsch der Beteiligten und weiterer potenzieller Partner der jüdischen Gemeinden in Ungarn und Polen möglichst im Rahmen der Aktivitäten der Kulturhauptstadt 2025 Chemnitz realisiert werden.

Dieser Kongress sollte die jüdische Community in ganz Europa ansprechen und würde einen wichtigen Beitrag nicht nur zum jüdisch-nichtjüdischen Dialog leisten, sondern darüber hinaus auch ein starkes Signal des Freistaats sein: Bei uns ist jüdisches Leben willkommen, präsent und wird von uns unterstützt. Da dies eine wichtige Komponente des Kongresses ist, hat der Beauftragte diese Idee nicht nur an den Chemnitzer Oberbürgermeister herangetragen, sondern sie auch in der Staatskanzlei platziert. Nach Meinung des Beauftragten sollte die Staatsregierung über die Staatskanzlei von Anbeginn an in die Planung und Konzeption eines solchen Kongresses einbezogen werden.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland sowie die orthodoxe Rabbinerkonferenz Europas unterstützen diese Idee. Es muss allerdings vorab geklärt werden, wie sich ein solcher Kongress in die bereits geplanten Aktivitäten einfügen kann.

Deutsch-Israelisches Jugendwerk. Prüfung einer Ansiedlung in Bautzen.

Dieser Punkt betrifft die Unterstützung der Gründung eines Deutsch-Israelischen Jugendwerks, ein erklärtes Ziel sächsischer Unterstützung auch im Koalitionsvertrag der laufenden Legislaturperiode. Der Beauftragte bittet die Sächsische Staatsregierung, dieses Vorhaben im Bundesrat konstruktiv zu begleiten und zu unterstützen sowie alle Möglichkeiten auszuloten, die Beheimatung des Jugendwerks in Bautzen einer eingehenden Prüfung mit möglichst positivem Abschluss unterziehen zu lassen. Hierzu gibt es aktuell Gespräche, die zwischen der Staatskanzlei, Vertretern des Stadtrates Bautzen und dem zuständigen Landrat geführt werden und in die der Beauftragte eingebunden ist. Hintergrund ist eine in früheren Gesprächen beim BMFSFJ zum Thema Ansiedlung des deutsch-israelischen Jugendwerkes dokumentierte Übereinkunft mehrerer Teilnehmer eines speziell dafür konzipierten Workshops für den Standort Bautzen. Diese dokumentarisch festgehaltene Übereinkunft sollte von der Staatsregierung offensiv aufgegriffen und nachhaltig thematisiert werden, auch wenn nach Meinung von Fachleuten das Thema bei der jetzigen israelischen Regierung keine Priorität haben dürfte.

Einrichtung eines Informations- und Koordinierungsbüro des Freistaates Sachsen in Israel

Auch die Anregung hinsichtlich der Einrichtung eines Informations- und Koordinierungsbüro des Freistaates Sachsen in Israel ist nach wie vor aktuell. Hier regt der Beauftragte an, zu prüfen, ob sich ein Informations- und Koordinierungsbüro des Freistaates Sachsen in Israel nach dem Vorbild der Vertretungen bzw. Verbindungsbüros des Freistaates Sachsen in der Tschechischen Republik, bei der Europäischen Union in Brüssel oder auch dem Verbindungsbüro in Breslau/Wroclaw in Polen realisieren lässt, um den sächsisch-israelischen Wissens-, Kultur- und Wirtschaftsaustausch noch stärker als bisher unterstützen zu können.

Grundfinanzierung des in Sachsen herausgegebenen Magazins „Medaon“

Auch die anteilige Grundfinanzierung des in Sachsen herausgegebenen Magazins „Medaon“ ist ein Punkt, den der Beauftragte in seinen Anregungen an die Staatsregierung wieder aufgreifen möchte. Es ist das einzige frei zugängliche, interdisziplinäre Medium für fundierte Perspektiven auf jüdische Lebenswelten in Geschichte und Gegenwart, wird seit mehr als zehn Jahren von dem Dresdener Verein HATIKVA – Bildungs- und Begegnungsstätte für Jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e.V. herausgegeben und eröffnet spannende Zugänge zu historischen und aktuellen Konstellationen jüdischer Präsenzen. Das nichtkommerzielle Magazin erreicht einen Leserkreis weit über Sachsen hinaus und wird seit seiner Gründung komplett ehrenamtlich erstellt. In den vergangenen Jahren ist das sachsen- und deutschlandweit von Juden wie Nichtjuden sehr geschätzte Projekt durch die notwendige Professionalisierung des online verfügbaren Angebots allerdings an die Grenzen seiner Kapazität und Belastbarkeit gekommen.

Der Beauftragte bittet die Staatsregierung zu prüfen, ob eine durch den Freistaat getragene Basisfinanzierung für „Medaon – das Online-Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung“ möglich ist, die ein kontinuierliches halbjährliches Erscheinen auch in Zukunft sichert und damit die Sichtbarkeit jüdischen Lebens in Sachsen innerhalb wie außerhalb des Freistaates gewährleisten hilft.

Einrichtung eines Registers zur Erfassung ehemals jüdischer Liegenschaften

Die Anregung des Beauftragten zur Einrichtung eines Registers zur Erfassung ehemals jüdischer Liegenschaften bleibt nach wie vor aktuell. Da es in Sachsen nach Einschätzung von Fachleuten unzählige Gebäude gibt, deren jüdische Vergangenheit bis heute im Dunkeln liegen, böte sich die systematische Aufarbeitung ihrer Geschichte und vor allem der damit

verbundenen jüdischen Sachsen vor allem deswegen an, um diese nicht aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit zu tilgen. Der Beauftragte schlägt der Sächsischen Staatsregierung vor, den Reichtum jüdischer Kultur und Architektur in Sachsen durch die Einrichtung einer zentralen Fach- und Dokumentationsstelle dem Vergessen zu entreißen. Diese Fach- und Dokumentationsstelle, an die alle Landeseinrichtungen ihre vor 1945 erbauten Liegenschaften melden, soll die Gebäude mit jüdischen Vorbesitzern erfassen und deren Geschichte dokumentieren. Ein Expertengremium aus Historikern und ausgewiesenen Experten für jüdische Geschichte sollte diese dann bewerten und einordnen sowie Vorschläge für eine Wieder-Sichtbarmachung dieser architektonischen Landmarken jüdischen Lebens in Sachsen erarbeiten. Die bereits erwähnte und vom Beauftragten veranlasste Erfassungstätigkeit auch von historischen Stätten des jüdischen Sachsen im Zuge der Schaffung einer zentralen Plattform im Freistaat kann dieses Vorhaben unterstützen und begleiten.

Aufnahme des Ariowitsch-Hauses in Leipzig als Gedenkort in die Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Die vom Beauftragten in seinem Jahresbericht 2021 erstmals angeregte Aufnahme des Ariowitsch-Hauses in Leipzig als Gedenkort in die Stiftung Sächsische Gedenkstätten ist mittlerweile – zwar in kleinen Schritten, aber immerhin – vorangeschritten. Dass diese auf Grund ihrer besonderen und wechselvollen Geschichte besondere, weil „mit Leben erfüllte“ Gedenkstätte in dieser Hinsicht ein ganzes Stück weit nicht nur in der Wahrnehmung der politisch Verantwortlichen, sondern auch im Dialog mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten vorangekommen ist, zeigt das feste Bestreben der Staatsregierung um eine stärkere Einbindung des Themas Jüdisches Sachsen in die Gedenkstättenlandschaft, das ansonsten eine eher untergeordnete Rolle spielt. Der Beauftragte wird in seiner Unterstützung des Anliegens zur Aufnahme des Ariowitsch-Hauses in den Kreis der Sächsischen Gedenkstätten weiterhin konsequent fortsetzen und bittet die Sächsische Staatsregierung um weitere Unterstützung dieses wichtigen Anliegens.

Herausgeber:

Beauftragter der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben

Dr. Thomas Feist

Postanschrift:

Postfach 100910

01079 Dresden

<https://www.smk.sachsen.de/beauftragter-der-saechsischen-staatsregierung-fuer-das-juedische-leben-4124.html>

Gestaltung:

Geschäftsstelle des Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben

Foto:

Titel, Dr. Thomas Feist

Dresden, März 2024